

Privilegierte

Schlesische

Zeitung.



N. 89.

Breslau, Freitag den 18. April.

1845.

Verleger: Wilhelm Gottlieb Korn.

Redakteur: N. Hilscher.

Uebersicht der Nachrichten.

Aus Breslau (die Censur-Instruktion). Landtags-Angelegenheiten. Schreiben aus Berlin (der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen), von der Oder (die Jäger- und Schützen-Abtheilungen) und von der Saar. — Schreiben aus Dresden (der deutsch-kath. Verein), Leipzig (die deutsch-jüd. Kirche), Sachsen, Frankfurt a. M., Stuttgart, Mannheim, vom Schwarzwald (die deutsch-kathol. Angelegenheiten). — Aus Österreich. — Schreiben aus Paris. — Aus Madrid. — Aus Lissabon. — Aus London. — Aus Rotterdam. — Aus der Schweiz. — Aus Kairo und Alexandrien.

* Breslau, vom 16. April.

Es ist schon öfters darauf aufmerksam gemacht worden, daß ganz besonders der §. IV. der Censur-Instruktion vom 13. Jan. 1843 von Seiten der Censoren zu Censurstrichen, von Seiten der Schriftsteller zu Beschwerden bei dem Ober-Gesurgericht Veranlassung gegeben hat. Der größte Theil der veröffentlichten Urtheile des Ober-Gesurgerichts bezieht sich auf die in dem erwähnten §. enthaltenen Bestimmungen. Man sollte mithin glauben, daß dieser Paragraph unklarer abgefaßt sei, als die übrigen; jedoch das ist keineswegs der Fall. Vielmehr ist es der Inhalt desselben, der einen fortwährenden Krieg zwischen Censur und der liberalen Tagespresse herbeiführt; die letztere nämlich, so weit sie eine bestimmte Tendenz hat und sich derselben bewußt ist, strebt nach einer weiten Entwicklung der ständischen Institutionen und Befestigung derselben im Bewußtsein des Volks, nach Erweckung einer größeren Theilnahme des letztern an den Angelegenheiten des Staates — ein Streben, welches von ängstlichen Censoren leicht als „auf Erschütterung der Verfassung“ oder „auf Bildung von Partheien hingielend“ (nach eben jenem §. IV.) betrachtet werden kann. Sie unterwirft ferner „schon bestehende gesetzliche Vorschriften als auch die Entwürfe zu denselben“ ihrer Beurtheilung und würdigt „die Maßregeln der Verwaltung und Amtshandlungen ihrer Organe“ oder schlägt Verbesserungen in den einzelnen Verwaltungszweigen vor — was ihr gestattet ist, „sofern dies in bescheidenster anständiger Form und in wohlmeinendem Sinne geschieht.“ Aber eben diese Ausdrücke „bescheiden“ anständig“ „wohlmeinend“ sind es, die zu vielen Beschwerden veranlassen, weil diese Begriffe der verschiedensten Deutung und Auslegung fähig sind. Nur Beobachtung der Urtheile des Ober-Gesur-Gerichts von Seiten der Censur könnte in diesem Punkte mit der Zeit eine Einigung herbeiführen — bis dahin aber liegt es in der Natur der Tagespresse, daß sie sich immer mehr von den Fesseln, welche ihr dieser §. auferlegt, zu befreien suchen wird, weil eben der in derselben ausgesprochene Inhalt den eigentlichen, ja fast einzigen Stoff ihrer Besprechung ausmacht. — Dagegen ist gegen §. III., so weit die Akten veröffentlicht sind, nie eine Beschwerde vorgekommen. Derselbe lautet nämlich: „Der Censor hat solchen Schriften und Aufsätzen die Erlaubnis zum Druck zu versagen, welche entweder ihrem Gegenstande oder ihrem Ausdruck nach unsittlich sind, insbesondere aber denen, von welchen Verführung und Immoralität zu besorgen ist.“ Das Lob müssen also selbst die Gegner der liberalen Partei ihr zuerkennen, daß die Bestimmungen dieses Paragraphen sie nie getroffen haben; ja sie ist weiter gegangen, sie hat sogar selbst — unbeschadet des von ihr anerkannten Prinzips der Pressefreiheit — auf Unterdrückung jener durchweg unsittlichen Bücher, mit denen unsere Leihbibliotheken überschwemmt werden und die unmittelbar auf die sittliche Entnerzung des Volks hinarbeiten, angegriffen. Aus dem unlängen Vorhandensein und dem noch täglichen Erscheinen solcher Bücher aber geht hervor, daß einzelne Censoren es mit den Bestimmungen dieses Paragraphen bei Weitem nicht so genau nehmen, als mit §. IV., und dennoch sind jene Schriften dem Bestehen des Staates viel schädlicher, als diejenigen, welche die Verfassung und Verwaltung derselben vom liberalen Standpunkte beleuchten. Denn ist die Sittlichkeit eines Volkes untergraben, so geht der Staat selbst mit Riesenschritten dem Verfall entgegen; während eine offene und rege Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten, welche die liberale Presse herbeizuführen strebt, der Unsitlichkeit offenbar entgegenarbeitet. Ein Volk, das für höhere Interessen, für religiöse wie politische, begeistert ist, ist durch diese Begeisterung sittlich gehoben. Eine freiere Fassung des die eigentliche Lebensfähigkeit der Tagespresse beschrankenden Paragraphen IV. wäre jetzt, wo man wahrlich der preuß. Presse keine willkürliche Übertretung der gesetzlichen Vorschriften vorwerfen kann, mehr als je an der Zeit. Nur auf einen Punkt wollen wir hier noch hinweisen. Der Antrag der preußischen Stände auf Pressefreiheit wurde im Landtags-Abschluß vom 30. Decbr. 1843 abgelehnt, weil eines Theils durch die bestehenden Gesetze keine gute und edle Richtung in der ih gebührenden Freiheit beschränkt ist, andern Theils freche und boshaft oder auf Untergrabung der göttlichen oder menschlichen Gesetze gerichtete Tendenzen unterdrückt werden. Beides ist richtig — aber zwischen jener guten und edlen Richtung und diesen frechen und boshaften Tendenzen liegt eine große Menge von — so zu sagen — Mittelbegriffen, auf welche weder das eine noch das andere Prädikat passt, die aber gerade in der Tagespresse freie Bewegung genießen müssen, um die gute und edle Richtung in der Literatur mit zu befördern. Freche und boshaft Tendenzen werden in Ländern der Pressefreiheit eben so kräftig unterdrückt und wissentlich bestraft, wie in Ländern der Censur.

J. St.

Landtags-Angelegenheiten.

Provinz Sachsen.

Merseburg, 18. März. (Magd. 3.) 32ste Plenarsitzung. Die Stadtbehörden zu Magdeburg und Zeitz, die Stadtverordneten zu Halberstadt und Erfurt und 172 Einwohner zu Naumburg beantragen eine Abänderung derjenigen in den beiden Gesetzen vom 29. März 1844, betreffend das gerichtliche und Disciplinar-Strafverfahren gegen Beamte und das bei Pensionierung derselben zu beobachtende Verfahren enthaltenden Bestimmungen, welche sich auf die richterlichen Beamten beziehen. Die Petition der Stadtbehörden zu Magdeburg enthält außerdem den Antrag auf Vorlegung eines Gesetzes, welches unter Modificationen der Bestimmungen in den gedachten Gesetzen dem Richteramte die frühere Unabschärbarkeit in administrativem Wege wieder gebe. Der vorliegende Gegenstand erschien dem Landtage von sehr hoher Bedeutung und so wie derselbe schon bei der Ausschuss-Berathung Veranlassung zu einer allgemeinen und lebhaften Debatte gewesen ist, ebenso rief derselbe auch in der Plenar-Berathung eine vielseitige Erörterung hervor. Die ohnlangst erschienenen, den Ständen der Provinzen des preuß. Staats gewidmete Schriften des Stadtgerichts-Rath Simon: „Die preuß. Richter und die Gesetze vom 29. März 1844“, sowie die den einzelnen Mitgliedern des gegenwärtigen Landtags offiziell mitgetheilte kurze Beflechtung dieser Schrift, enthalten eine ausführliche Darstellung aller der Gründe, welche sich für und gegen den Antrag der Petitionen anführen lassen und worauf auch bei der Berathung in der gegenwärtigen Versammlung mehrheitlich Bezug genommen wurde. Bei der Ausschuss-Berathung ist u. a. angeführt worden: daß die gedachten Gesetze der Besorgniß Raum geben, es könne gegenwärtig der richterliche Beamte willkürlich von seinem Verwaltungs-Chef abgesetzt, degradirt, versezt oder pensionirt werden, und zwar durch die Entscheidung eines dem Angeschuldigten fremden Collegii, also durch Entziehung seines eigentlichen Richters; daß die den Richterstand bisher allgemein schützende preuß. Gesetzgebung in den wesentlichsten Punkten durch die neuen Gesetze geändert sei, namentlich daß nach §. 23 diejenigen Fälle, wo jetzt nur noch das richterliche Verfahren eintrete, auf sehr wenige beschränkt wären, daß dagegen in den meisten Fällen von möglichen Vergehungen gegenwärtig ein Disciplinar-Verfahren eintreten solle, daß dergleichen Fälle nach der individuellen Anschauung und Beurtheilung der höchsten und höchsten Chefs außerordentlich verzweigten werden könnten, daß namentlich bei dem angeordneten Verfahren §. 28 u. 40 die positive Beweisführung vorkomme, daß wenn es erforderlich erscheine, in gewissen Fällen ein anderes als das ordentliche Gericht untersuchen und entscheiden zu lassen, man doch durch Gesetz ein für allemal ein Gericht dem andern substituieren müsse, wie es bereits in allen denjenigen Fällen stattfinde, wo ein besonderes Interesse des Gerichts oder eines seiner Theile, als Pupillen-Collegium u. c. obwalte, weil ohne eine solche gesetzlich zu gebende Substitution es stets Misstrauen erregen werde, wenn der Justiz-Minister ein beliebiges anderes Gericht mit einer dergleichen Untersuchung und Entscheidung delegiren könnte, daß es insbesondere hohes Bedenken erregen müsse, wenn nach §. 40 auch dem Justizminister gegen Entscheidungen des Gerichts der Recurs freistehen solle, während doch bisher ein solches Rechtsmittel nur dem Verurteilten zugestanden habe, die zulässig erklärte Instanz des Chefs aber leicht eine Erschwerung für den Inculpaten zur Folge haben könnte, daß, wenn es dringend nothwendig erscheinen sollte, die richterlichen Beamten unter strengere Gesetze, als bisher, zu stellen — welches man inzwischen bezweifeln müsse, da sich der preußische Richterstand bisher durch Integrität und allgemeine Beamtentugenden ausgezeichnet habe — so möge ein zu erlassendes Gesetz die genauesten Bestimmungen normiren und die Fälle speziell namhaft machen, in welchen ein richterlicher Beamter zur Untersuchung gezogen werden könne, und daß endlich insbesondere der §. 21 des qu. Gesetzes über das Straf-Verfahren ganz willkürlich anzuwendende Bestimmungen für die Kassation enthalte. Die Majorität des Ausschusses hat sich von der Nothwendigkeit nicht überzeugen können, eine Abänderung der gedachten Gesetze zu beantragen, indem sich faktische Resultate aus der Anwendung derselben noch nicht ergeben hätten und die Wirksamkeit der Provinzialstände hauptsächlich nur den praktischen Gesichtspunkt ins Auge zu fassen habe. Die Minorität des Ausschusses hat sich aus den oben bereits erwähnten entgegengesetzten Gründen für den Antrag ausgesprochen, daß die Bestimmungen über das Strafverfahren gegen richterliche Beamte fester normirt und dann den Richtern die Anwendung derselben als Richter überlassen, auch der gewöhnliche Recursweg offen gelassen werden möge. Bei der heutigen Plenarversammlung ließen sich mehrere Redner nach verschiedenen Richtungen hin für und wider die vorliegenden Petitionen vernehmen. Zu den von dem Ausschuss angeführten Gründen wurde noch hinzugefügt, wie die Stellung der Administrations-Beamten eine andere sei, wie die der Richter, weil letztere die Handhaber des Rechts, der höchsten Garantie des Staates seien. Die dem Justiz-Chef nach dem Gesetz zustehende Wahl des untersuchenden und erkennenden Gerichts-Collegii gegen richterliche Beamte involviere immer eine Willkür, die zur Vermeidung persönlichen Einflusses und zur Erhaltung der Unabhängigkeit des Richterstandes in keinem Falle stattfinden dürfe. Der Richter müsse zwar abschaffbar sein, aber nur nach Urteil und Recht. Das Gesetz vom 29. März v. J. vermeide diese Ausdrücke, die Entscheidung der erkennenden Behörde (§. 28) sei nicht an positive Beweisregeln gebunden, sondern solle nur nach ihrer, aus dem ganzen Indeß der Untersuchungs-Verhandlungen geschöpften Überzeugung urtheilen, die oft sehr schwankend und unsicher sein könne. Nachdem sich die Debatte erschöpft hatte, vereinigte man sich über folgende zur Abstimmung zu bringende Fragen: 1) Ob der in den vorliegenden Petitionen enthaltene Antrag im Allgemeinen befürwortet werden soll? Die Majorität der Versammlung entschied sich mit 40 Stimmen gegen 28 für die Vereinigung. 2) Ob gegen die Bestimmungen des Gesetzes vom 29. März 1844 §. 28 und 40, wonach der Chef der Justizverwaltung aus besonderen Gründen die Untersuchung und Entscheidung gegen einen angeschuldigten Justizbeamten einem andern als dem competenten Gerichts-Collegio übertragen kann, remonstriert und des Königs Majestät um gesetzliche Bestimmung gebeten werden soll, wodurch für solche Fälle, wo der Chef der Justiz es aus besondern Gründen für angemessen erachtet, die Entscheidung nicht dem competenten Gerichtshofe zu überlassen, statt des letztern schon im Voraus ein anderer im Range gleichstehender Gerichtshof — etwa der zunächst gelegene — bestimmt substituiert werde? Diese Frage wurde von der Mehrheit der Versammlung mit Ausnahme von 9 Stimmen bejaht. 3) Ob gegen die nach §. 20 des Gesetzes dem Justiz-Chef zustehende Befugniß zur unfreiwilligen Ver-

sezung eines richterlichen Beamten — selbst wenn solche auch ohne Rangverleihung und ohne Gehaltsverlust und mit Umzugskosten-Entschädigungen geschieht — remonstriert und des Königs Majestät um Aufhebung dieser Bestimmung gebeten werden soll? Diese Frage wurde mit 44 Stimmen gegen 24 verneint. 4) Ob des Königs Majestät gebeten werden soll, die nach §. 40 dem Justizminister zustehende Befugnis zur Einlegung eines Rekurses an das geheime Ober-Tribunal Allernädigst aufzuheben? Die Majorität des Landtags entschied sich mit Ausnahme von 24 Stimmen für die Beibehaltung der Rekurs-Befugnis des Herrn Justizministers.

Rhein-Provinz.

Koblenz, 14. März. (Düsseldorf, 3.) Dreizehntste Plenar-Sitzung.) Es brachte ein Abg. des Richterstandes die bei der Ständeversammlung übergebene Petition, die Voltziehung der Dotation der katholischen Bistümmer betreffend, zum Vortrage. Er stellte den in dem zweiten Ausschusse einstimmig angenommenen Antrag: in einer besonderen Adresse Se. Maj. zu bitten, die endliche Ausführung der Bulle De salute animarum hinsichtlich der Dotation der rheinischen Bistümmer und nicht minder die dort zugesagte Stiftung der Emeriten- und Demeriten-Anstalten für katholische Priester Allernädigst befahlen zu wollen. Dieser Antrag wurde einstimmig von der Versammlung genehmigt. Ein Abg. des vierten Standes referirt über den Antrag wegen Sicherung der Unabhängigkeit des Richteramtes und der persönlichen Freiheit, wie folgt: „Welch ein großes Uebel es sei, die Selbstständigkeit des Richters durch Anordnungen zu beschränken, die ihn veranlassen könnten, in der Ausübung seines Amtes auf seine persönlichen Verhältnisse Rücksichten zu nehmen, welche die strenge Erfüllung der Pflicht zu erschweren vermöchten, — wie sehr es die Grundlage der Rechtspflege erschüttere, wenn die Männer, welche dazu berufen sind, in einen Zustand von Abhängigkeit versetzt werden, in welchem den Rechtschenden oder den Beschuldigten die beruhigende Gewissheit nicht gewähret ist, es werde ein unbefangenes Urtheil über ihre Person oder ihre Sachen ergehen, — dies haben wir aus den vielen Petitionen entnommen, so wegen Zurücknahme des Gesetzes vom 29. März 1844, die Disciplin und die Pensionierung der Beamten betreffend, an die hohe Ständeversammlung gelangt sind. Neben der Abhängigkeit der Justiz-Collegien giebt es eine andere, nicht minder beklagenswerthe: es ist die der Advokatur. In keinem Stande ist die freie Bewegung des Geistes, ist die unerschrockene Neuerung des Gedankens, das mutige, oft kühne Wort so sehr ein Bedürfnis, als in demjenigen, welcher der Vertheidigung der politischen und bürgerlichen Rechte aller übrigen Stände sich widmet. Die Hemmnisse, welche dem Advokaten in der Ausübung seines wichtigen Bezirks in den Weg gelegt werden, verlegen nicht bloß die Rechte seiner Stellung, sie beeinträchtigen auch die Parteien, deren Interessen er vertritt. Alle Klassen des gesellschaftlichen Verbandes sind dabei beteiligt, daß der Advokat sich nicht unfrei fühle in den Verrichtungen seines ehrenvollen Amtes. Die Magistratur selbst darf nur da erwarten, daß die Autorität ihrer Aussprüche eine vollständige sei, wo die Vertheidigung frei gewesen. Von den eben angegebenen Gesichtspunkten sind die Anträge ausgegangen, welche von mehreren Seiten gegen das Gesetz vom 7. Juni 1844 an die Stände-Versammlung gerichtet worden sind; es ist darin aufgestellt, daß die Bestimmungen des besagten Gesetzes in die Rechte eines ganzen Standes und die der Provinz störend eingreifen, — und hervorgehoben, daß es ohne den Beirath der Stände erlassen ist. Eine sorgfältige Prüfung der Bestimmungen des Gesetzes vom 7. Juni gibt zu erkennen, daß dasselbe die bisherigen Uebelstände im Disciplinarwesen der Advokatur nicht beseitigt und sogar dieselben noch vermehrt. Es ist evident, daß durch die vorliegende Verordnung Veränderungen im Personenrechte eines ganzen Standes bewirkt werden, daß mithin, im Sinne des Gesetzes vom 5. Juni 1823, dieselbe des Beirathes der Provinzialstände bedurfte hätte. Der Ausschuss schlägt vor: Se. Maj. allerunterthänigst zu bitten, Allernädigst zu befehlen, daß die Verordnung vom 7. Juni 1844 zurückgenommen und an deren Stelle ein neues Gesetz, nach vorgängiger Berathung mit den Ständen, den Gerichtsbehörden und einem Advokaten-Ausschusse, erlassen werde, welches überall mit den Grundsätzen unseres Gerichtsverfahrens im Einklange stehe, oder daß als Ergänzung, resp. Abänderung der vorliegenden Verordnung 1) Offenlichkeit und Mündlichkeit in dem Disciplinarverfahren, sowie Selbstständigkeit der Disciplinarräthe in Einleitung der Untersuchung hergestellt, 2) die Art. 33 bis 40 des Dekrets vom 14. Dec. 1810 ausdrücklich aufgehoben werden; daß 3) das Recht der Verurteilung gegen die nach § 1 der Verordnung vom 7. Juni 1844 erlassenen Strafsurtheile, den Advokaten in der Art, wie die rheinische Gesetzgebung dasselbe zuläßt, gestattet werde; 4) daß die Wählbarkeit zum Mitgliede des Disciplinarräthe nicht von der Anwaltschaft, sondern lediglich von einem höhern Dienstalter der Advokaten abhäng-

ig gemacht werde.“ Hierauf erklärte sich ein Abgeordneter der Städte zwar dem Wesen nach mit dem gestellten Antrage einverstanden, wollte jedoch ausgedrückt haben, daß Gerichte, von denen kein Appell zuläßt, hier nicht gemeint seien. Dr. R. gab dies nach und es wurde nach einigen gemachten Vorschlägen die Umänderung dahin gewählt, daß es heise: „gegen Urtheile, gegen welche nach dem bestehenden rheinischen Rechte ein Appell zuläßt ist.“ Mit dieser Umänderung wurde der Vorschlag des Ausschusses einstimmig angenommen.

Inland.

Potsdam, 15. April. — Se. Majestät der König sind nach Dresden gereist.

Berlin, 15. April. — Se. Majestät der König haben Allernädigst geruht, dem Kaiserl. russ. geh. Rath im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Baron v. d. Osten, genannt Sacken, den rothen Adlerorden zweiter Klasse mit dem Stern in Brillanten; sowie dem bei demselben Ministerium angestellten Titularrath von Larman den rothen Adlerorden vierter Klasse zu verleihen; und zu Regierungs-Räthen zu ernennen: den Landrath v. Hohenbeck zu Czarnikau, den Landgerichts-Rath Brandt v. Lindau zu Ehrenbreitstein, die Regierungs-Assessoren Schede zu Berlin, Wilckens zu Magdeburg, v. Röder zu Königsberg in Pr., Fleischmann zu Magdeburg, Arndts zu Erfurt, Schlott zu Stettin, Berend zu Düsseldorf, v. Schötter zu Oppeln, Golde zu Merseburg, Bitter ebendaselbst, Viebig zu Posen und Gebauer zu Oppeln.

(A. Pr. 3.) Die neuesten Briefe von der Reise des Prinzen Waldemar, dessen Abreise von Patna bereits gemeldet wurde, sind vom 12. Febr. aus Katmandu, der Hauptstadt des Königreichs Nepal, wenige Meilen von der Grenze Tibets; sie trafen in der überraschend kurzen Zeit von 57 Tagen am 10ten d. M. hier ein. Ueber die Weiterreise des Prinzen von Katmandu war noch nichts entschieden. Die Absicht ging auf eine Tour an den Fuß der Schneegebirge, doch war die Jahreszeit noch sehr früh. Ob weitere Ausflüge ins Land gemacht und auf welchem Wege dasselbe wieder verlassen werden dürste, auch dies war noch ungewiß. Das Verfinden des Prinzen und seiner Begleitung war ununterbrochen nach Wunsch gewesen, die Befriedigung über das Gesehene und Erlebte außerordentlich groß.

** Berlin, 14. April. — Sechs Monate sind nunmehr vergangen, seitdem das „Statut des Central-Vereins in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klassen“ berachtet und von den Mitgliedern des Vereins angenommen worden ist; dieselben haben sogar ihre Beiträge für das Jahr 1844 schon längst eingezahlt, und noch hat man nicht eine Spalte vernommen, ob der Verein die Genehmigung zu seiner Wirksamkeit von den hohen Behörden erlangen werde. Nach dem §. 20 des Statuts „versammelt sich der vereinigte Vorstand und Ausschus regelmäßig am Nachmittage des ersten Mittwochs in den Monaten Januar, April, Juli und October“, wobei auch die übrigen Mitglieder des Vereins erscheinen können. Solche Versammlungen sollen mindestens 14 Tage vorher durch die Berliner Zeitungen und in jeder Provinz durch eines der gelesenen Provinzialblätter bekannt gemacht werden. Zweimal ist nun schon dieser Termin seit Constitution des Vereins vorübergegangen, ohne daß ein Wort öffentlich mitgetheilt wäre, warum jene Versammlungen nicht stattgefunden. Man wird entgegnen, der Erklärungsgrund liege nahe genug; es sei deshalb geschehen, weil das Statut noch nicht von den hohen Behörden genehmigt worden wäre. Aber um daran zu erinnern und die Mitglieder, welche ihren Beitrag längst eingezahlt haben, davon zu unterrichten, wäre es mindestens billig gewesen, an den geeigneten Zeitpunkten eine öffentliche Erklärung zu geben. Wie verlautet, soll dem Vorstande des Central-Vereins das Statut des hiesigen Lokal-Vereins zur Berichterstattung über dessen Zweckmäßigkeit und Zuläßigkeit von Seiten der Behörde überreicht worden sein. Der Central-Verein also, der bisher noch keine Genehmigung seines Bestehens erlangt hat, soll ein Urtheil abgeben, ob ein Lokal-Verein unter den durch sein Statut aufgestellten Formen bestehen könne oder nicht. Es gewinnt in der That allen Anschein, als ob man sich mit dem durch die Begeisterung der vorjährigen allgemeinen deutschen Gewerbe-Ausstellung hervorgetriebenen Vereinswesen für das Wohl der arbeitenden Klassen etwas überreit habe, und nun Zeit gewinnen wolle, um die Ueberzeugung gut zu machen. Als ein neues und besser geeignetes Mittel zur Abhülfe der Arbeitsnot scheint man jetzt die Erhöhung der Eingangsölze auf die Hauptartikel der Industrie betrachten zu wollen; wenigstens ist unter diesem Titel so eben hier ein Promemoria eines rheinländischen Industriellen gedruckt erschienen, welches sich des Beifalls hoher Staatsbeamten zu erfreuen hat. Es wird darin nachgewiesen, daß der Zollverein bei gehörigen Schutzöllen auf Seiden-, Wollen-, Baumwollen- und Leinenwaaren es mit der Zeit dahin bringen könne, jährlich über 21 Millionen Arbeitslohn mehr als bisher in seinen Grenzen verausgaben zu können, eine Summe freilich

welche die Idee und Vorsätze sämtlicher Lokalvereine in Deutschland für das Wohl der arbeitenden Klassen niederzuwiegen im Stande ist. Bei dieser Lage der Dinge, in welcher sich das angeregte Vereinswesen befindet, glauben wir die Aussicht stellen zu dürfen, daß dasselbe im Stadium der Hoffnung stehen bleiben wird und folglich das deutsche Volk, das ja überhaupt so gern in Vergangenheit und Zukunft lebt, um eine Hoffnung reicher sein wird. Und will man gerecht sein, so muß man zugeben, daß Deutschland in der ihm eigenthümlichen Weise auch schon sein Resultat von dem in Frage stehenden Vereinswesen erzielt hat; es hat dasselbe nämlich in literarischer Weise durchgearbeitet und sich gleichsam als Object vor Augen gestellt. Es hat das mit dasselbe in dieser Beziehung gethan, wie in so manchen andern Fragen, was von Goethe bekannt genug ist, der nicht eher Ruhe hatte, wenn ihm ein Gedanke, eine Idee gleichsam überfiel, als bis er sich davon durch die literarische Production frei und los gemacht hatte. Darin spricht sich nur einmal der Charakter des deutschen Volks aus; es meidet die Praxis und cultivirt die Theorie; darum werden wir Deutsche aber auch als die cultivirteste Nation gepriesen, was wir jedem Ungläubigen an dem günstigen Verhütnis nachweisen können, in welchem bei uns die Zahl der Schreib- und Lesekönnyaden zu denen, die es nicht verstehen, gegenüber andern europäischen Nationen steht. Einen Beweis für unsere Behauptung haben wir, was das Verengewesen für das Wohl der arbeitenden Klassen betrifft, in der zunehmenden Literatur über dasselbe. Die seit dem vorigen Herbst darüber erschienenen Schriften bilden gewiß schon eine recht hübsche Bibliothek. Wir machen die Liebhaber solcher Sammlungen auf zwei neu dahin gehörige Schriften aufmerksam, nämlich auf: „die Zukunft der arbeitenden Klassen und die Vereine für ihr Wohl.“ Eine Mahnung an die Zeitgenossen von Dr. Ad. Schmidt.“ Und auf: „der Pauperismus nach seinem Wesen, Ursprung, Folgen und Heilmitteln von Dr. Wohlfarth, evang. Prediger.“ (Köln, 3.) Die Versammlungen unseres „industriellen Parlaments“ dauern noch fort, und es soll dabei an lebhafte Debatte, besonders von Seiten der rheinischen und schlesischen Deputirten, nicht gefehlt haben. Bei der Twists- und Linnenfrage ist fast der einstimmige Antrag auf eine Erhöhung des Schutzolls — der bis jetzt eigentlich noch gar nicht so heißen sollte — ergangen und von Seite des Handelsamts die beste Zusicherung gegeben worden, bei dem Kaiserswerther Zollkongresse darauf hinzuwirken. Es ist wohl zu bedenken, daß an jenem Antrage nicht nur Spinner, sondern zugleich Weber und selbst Garnhändler Theil genommen haben, daß also ihr eigenes, getrenntes Interesse vor den höheren Forderungen der nationalen Handelspolitik zurückgewichen ist. Man hört behaupten, Dr. Kühne, der General-Steuerdirector und der eifrigste Verfechter des Freihandels-Systems, wolle seine Stelle niederlegen, wenn der bisherige Weg verlassen und eine Erhöhung des Tarifes beliebt werden sollte. In gleicher Weise steht Dr. v. Ronne mit ähnlichem Vorhaben gegenüber auf den Fall, daß die öffentliche Meinung ungehört und die Industrie schutzlos bleibe.

Bon der Oder, 11. April. (D. A. 3.) Es ist schon neulich in diesen Blättern davon die Rede gewesen, daß die Jäger- und Schützenabtheilungen in unserer preußischen Armee, von denen je zwei Compagnien einem Armeecorps zugehören sind, in der Art vermehrt werden sollen, daß diese zwei Compagnien zu einem Bataillon von vier Compagnien erhoben würden. So viel wie von Schützen selbst gehört haben, wird jedoch in diesem Frühjahr zu den jetzt vorhandenen zwei Compagnien eines Armeecorps nur Eine Compagnie hinzugefügt und neu formirt werden. Diesen Corps steht indessen auch eine andere Uniformirung bevor. Bekanntlich sollten sie wie die übrige Armees Helme bekommen, haben sie auch schon größtentheils erhalten. Beim Gebrauche derselben aber hat sich alsbald folgender Uebelstand ergeben. Die Schützen, deren Hauptdienst im Drailliret besteht, suchen die Deckung, die sie sich in waldbarem und unebenem Terrain leicht verschaffen, auf der ebenen Fläche sich dadurch zu beschaffen, daß sie sich platt auf die Erde niedersetzen, den Sacko vor sich stellen und die Büchse befußt des Ziels auf denselben auflegen. Dies können sie jedoch bei dem neuen Helme, der oben rund und ganz glatt ist, nicht thun. Es ist deshalb bereits beim Kriegsministerium dessalige Anzeige gemacht und auf eine andere Kopfbedeckung für die Schützen angetragen worden. Man will wissen, daß die auf der einen Seite aufgesetzten Hüte der österr. Jäger bei unsern Schützen eingesetzt werden sollen, durch welche der oben angeführte Zweck allerdings erreicht werden kann. Da jedoch die neuen Helme mit schwarzen Rosschweif unsre Schützen sehr gut kleiden, da überdies eine gleiche Bekleidung einer Armee auch ihren anderweitigen großen Nutzen hat: so wäre es wohl möglich, den oben bemerkten Uebelstand bei den gegenwärtigen Helmen dadurch zu beseitigen, daß oben auf denselben irgend eine andere Tierfigur als die jetzige Spiege, vielleicht ein Adler mit ausgebreiteten Flügeln, angebracht würde. Zwischen den Flügeln desselben würde es sich dann sehr gut und sicher anlegen lassen,

Von der Saar 7. April. (Rh. Beob.) Als im März des vorigen Jahres zu Saarbrücken der Gedanke, den schlesischen Linnenarbeitern durch Ankauf von Waaren Beistand zu gewähren, zur That wurde, zeigten sich namentlich viele königl. Militär-Behörden in der Rheinprovinz diesem Unternehmen geneigt, und sofort wurden ansehnliche Bestellungen auf weise und rohe Leinen, zwölflich &c. gemacht; dieselben hatten auch seitdem manche Wiederholung und Ausbreitung zur Folge, besonders nachdem das Generalkommando die mitgetheilten Probeabschnitte und Preisverzeichnisse den Truppentheilen hatte vorlegen lassen. Auf diese Weise sind bedeutende Leinwandvorräthe aus Schlesien nach Aachen, Essen, Jülich, Koblenz, Köln, Luxemburg, Mainz, Maymedy, Saarbrücken, Saarlouis, Simmern, Trier &c. gekommen, auch große Aufträge für dorstehende Heeresabtheilungen noch in der Erledigung begriffen. — Die durch Hrn. Landgerichtsrath Höstermann in Saarbrücken vermittelten Leinwandbestellungen betragen bis jetzt ungefähr 35—36,000 Thaler an Werth; da diese Bestellungen nicht allein stehen, so ist eine solche Subsist für die Nothleidenden immerhin schon sehr merkbar.

Deutschland.

* Dresden, 15. April. — Die gestrige äußerst zahlreich besuchte Versammlung des deutsch-katholischen Vereins wurde Abends $\frac{1}{2}$ 8 Uhr von dem Vorsitzenden mit Gebet eröffnet. Nach demselben unterschrieben wiederum neun Personen das Glaubensbekennniß, so daß der Verein jetzt 183 Mitglieder zählt. Die letzten Grüße von Ronge, sowie die Mittheilung, daß derselbe vielleicht schon nächstens nach Vollziehung der Taufhandlung in Berlin, Dresden wieder besuchen werde, wurden mit der allgemeinsten Theilnahme und freudigsten Erregung aufgenommen. Hierauf theilte W. den Versammelten mit, daß er sich zum hiesigen Superintendenten verfügt habe, um sich mit demselben wegen der Aufgabe, Beerdigungen und sonstigen Angelegenheiten der Vereinsmitglieder zu beschreiten. Von diesem nun sei ihm eine Ministerial-Verordnung des Inhalts vorgelegt worden; daß die protestantischen Geistlichen dadurch beauftragt würden, die Aufgabe der diesseitigen Mitglieder zu besorgen, auch ihre Namen, sowie die der Täuflinge und Verstorbenen in die Kirchenbücher, jedoch mit dem Zusatz einzutragen: „deutsch-katholisch oder zur „deutsch-katholischen Gemeinde (?) gehörig.“ Es waren damit viele Besorgnisse beseitigt und mochte man auch den gebrachten Ausdruck: „Gemeinde“ für einen Schreib- oder Sprechfehler nehmen, die Hoffnung mache sich immer zuversichtlicher kund, daß der nahende Landtag die fehlende Genehmigung baldigst ertheilen werde. Daß die bez. Taufen und Trauungen von eigenen Geistlichen verrichtet werden sollten, wurde besonders erwähnt. Der Eindruck dieser angenehmen Nachricht ward gestört durch die Mittheilung, daß ein hiesiger Director — Schul-director Zeller an der katholischen Schule —, ein Mitglied des deutsch-katholischen Vereins auf offener Straße deshalb hart angelassen, beschimpft und bedroht habe, weil jenes seinen Sohn aus der katholischen Schule weggenommen! — So weit gehen die Verfolgungen, so weit die ohnmächtige Wuth des römisch-katholischen Priesters- und Lehrerstandes. Wigard schloß hieran den wohlmeinenden Rath an die übrigen Eltern, ihre Kinder sofort aus dergleichen Unstalten zu entfernen. Auch theilte der Vorsitzende mit, daß von Seiten der römisch-katholischen — Priester? — Männer umhergeschickt wurden, theils um die „Abtrünnigen“ in den Schoß der allein seligmachenden Kirche zurückzuführen, theils um Schwankende zu warnen und zu festigen vor Absall! — Noch wurde angegeben, daß viele Namensverzeichnisse der Vereinsmitglieder circulierten, ja selbst bis zum Hause ihren Weg gesunden hätten, — Man freute sich so viele Theilnahme zu finden! — Wegen des demnächst anzustellenden Geistlichen vereinigte man sich dahin, demselben auf zwei Jahre zunächst einen jährlichen Gehalt von 600 Rthlr., abgesehen von allen Gratificationen, die mit den bereits gefassten Beschlüssen unvereinbar seien, zu gewähren, damit aber zu steigen, sobald es nötig erschien. Auch sollte derselbe zugleich in Leipzig, Chemnitz und Annaberg nach weiterer Uebereinkunft und bis in dortigen Städten ein eigner Geistlicher angestellt werden könnte, fungiren. Der Vorstand ward ermächtigt, wegen Besiegung dieser Sache die geeigneten Schritte zu thun, und mit Candidaten, welche dazu tauglich erschienen, in Verbindung zu treten; über die Verhandlungen deshalb sollte er bis nach aus- und abgemachter Sache keine Rechenschaft ablegen dürfen. Die provisorische Anstellung eines Gemeindeboten, der zugleich die Dienste eines Gemeindeschreibers versehen könnte, ward ebenfalls dem Vorstande überlassen.

** Leipzig, 14. April. — Soeben ist bei Otto Wiegand eine Brochüre unter dem Titel: „Eine deutsch-jüdische Kirche, die nächste Aufgabe unserer Zeit, von einem Kandidaten der jüdischen Theologie“ erschienen. Der Verf. hat uns in derselben mit gedrängten,

aber sichern und kräftigen Zügen ein Bild von dem religiösen Leben des jüdischen Volkes, von seiner geistigen Knechtschaft unter dem Joche des Orientalismus und des Rabbinitismus gezeichnet und die ganze Verwerflichkeit des Formen- und Ceremonienwesens klar und überzeugend dargethan. Mit gleicher Schärfe charakterisiert er auch die neueren Reformen im Judenthum, die eben nur Reformen, neue Formen des alten Orientalismus und Rabbinitismus seien, aber keine neuen Lebenskeime, keine frische Befruchtung oder tiefere Erweckung und Empfänglichkeit in das Judenthum gebracht haben. Die Regeneration und Neubelebung sei aber nicht von den Rabbinen, sondern von den Nicht-Rabbinen zu erwarten, die von jeher es waren, welche das Judenthum in den Kreis der allgemeinen Bewegungen hereingezogen. An diese wendet sich der Verf. mit begeisteter Energie und stellt ihrem Gewissen die ganze Verantwortlichkeit, die sie gegen sich, ihre Nachkommen und den reinen Gehalt des Judenthums haben, mit Nachdruck vor. In dem Ganzen flammt eine so feurige Liebe für das wahre Wohl der Glaubensgenossen, daß wir uns sehr täuschen müßten, wenn die aus der Tiefe eines aufrichtigen, gesinnungsvollen Herzens hervorgegangen Worte nicht den nachhaltigsten Eindruck bei allen Wohlbekenden hinterlassen sollten. Zur Probe wollen wir nur eine Stelle herausheben, die der Beherrschung aller Glaubensbrüder in hohem Maße würdig ist: „Die Wahrheiten des Judenthums, den ganzen geistigen Gehalt desselben wollen wir festhalten und um keinen Preis aufgeben und darin wollen wir auch Trost und Erhebung für die Unbill der religiösen Unzulänglichkeit finden; aber den todtten Götzen wollen wir nicht länger opfern, die göttliche Gewissensfreiheit wollen wir nicht mehr zur Beschönigung der Trägheit missbrauchen! Die falschen Propheten unserer Zeit rufen uns noch immer, wie zu den Zeiten des Jeremias zu Friede! Friede! und es ist kein Friede! Wir sollen warten, bis der letzte polnische Jude sich den Bart abgeschnitten, bis die ganze jüdische Masse in allen Welttheilen sich zu unserem Standpunkt herausgearbeitet hat! Die Emancipation wird wohl durch das Ceremonienwesen verhindert, aber doch sollen wir dieses vor der Erlangung derselben nicht aufgeben! Dean man könnte uns verdächtigen, daß wir dies nicht aus innerster Ueberzeugung der tiefen Verwerflichkeit dieses Ceremonienwesens, sondern mehr aus Rücksichten für die Emancipation thäten. Aber Männer von Gesinnung und Charakter dürfen solche Verdächtigungen nicht scheuen, sie müssen vor Allem den großen Widerpruch zwischen ihrer innersten Ueberzeugung und dem äußern Bekennen entfernen, müssen nur ihrem Gewissen folgen und nicht von kleinstlichen Bedenklichkeiten sich aufzuhalten lassen. Die Aufrichtigkeit und Wahrheit der Gesinnung stelle sich gerade dadurch aufs Glänzendste heraus, daß man über Verdächtigungen und Verlämmdungen mit festem Schritte hinwegschreite und mitten durch das schimpfende Gesindel zum Ziele hindringt! Nichts Lebendiges wird ohne Wehen geboren; keine Wahrheit ist noch in die Geschichte eingetreten, ohne von der tragen Gewohnheit als Lüge verschrien worden zu sein. Hat aber die Wahrheit ihre rechten Träger gefunden und hat sie sie mit heiliger Begeisterung durchglühend können, so mußte auch bald jenes hohle Geschrei verstummen, sie aber immer mehr erkannt und anerkannt werden! Hiegegen ist die innere Ueberzeugung keine lebendige und fruchtbringende, keine erwärmende und durchdringende, die nicht wagt, in die äußere Erscheinung zu treten, um alle Herzen zu gewinnen und die Lügengespenster zu verscheuchen. Und so ist es auch die Ueberzeugung der sehr vielen deutschen Juden von der tiefen Verwerflichkeit des Orientalismus und des Rabbinitismus, das Bewußtsein ihrer vollen und innersten Deutschtum, so lange sie nicht zur äußeren lebendigen Manifestirung, zum geschichtlichen Durchbruch kommen.“

Aus Sachsen, im April. (F. J.) Wiederum scheint Sachsen der Schauplatz welthistorischer Ereignisse zu werden. Das hier abgeholtene Concil, Ronge's und Czerski's Unwesenheit in Leipzig, sind Ereignisse, deren Folgen noch nicht zu übersehen sind. So eben ist eine Denkschrift über diese Angelegenheiten erschienen, welche in der Geschichte der deutsch-katholischen Kirche unbedingt Epoche machen müssen: „Ronge und Czerski zur Kirchenversammlung in Leipzig. Eine Denkschrift zur Erinnerung an das Concil und die Osterfeier der deutsch-katholischen Gemeinde zu Leipzig.“ Nebst drei Worten des Herrn an die Baumeister seiner Kirche in Deutschland, Leipzig, Verlag von Gustav Brauns. — Wir müssen dieser Schrift auch in weiteren Kreisen die größte Verbreitung wünschen, da sie neben der geschichtlichen Darstellung der angegebenen wichtigen Vorfälle in ihrem letzten Theil drei Lebensfragen der deutsch-katholischen Kirche zur Besprechung bringt, und allen Gemeinden derselben, welche jetzt über die Vorschläge des Leipziger Concils Beschluss zu fassen haben, bei den vorzunehmenden Berathungen als wahrer Leitstern dienen kann.

Frankfurt a. M., 12. April. — Die wegen der Schweizer-Wirren gehegten Besorgnisse fangen nach gerade an, in den Hintergrund zu treten. Man ver-

sichert glaubwürdig die neuesten, den bei der Eidgenossenschaft beglaubigten Repräsentanten der Großmächte, namentlich Österreichs und Frankreichs, ertheilten Instrumenten, seien vornehmlich dahin gerichtet, zu verbüten, daß die Gewalthaber in Luzern und deren Anhang die über die Gegner errungenen Vorteile nicht missbrauchen; und da nun die Majorität der Tagsatzung denselben Zweck zu verfolgen scheint, so dürfte derselbe wohl erreicht und somit die Hauptursache jener Wirren demnächst besiegt werden.

Frankfurt a. M., 12. April. (L. B.) In öffentlichen Blättern wurde neulich berichtet, es sei bei der Bundesversammlung in diesem Augenblick keine Umänderung der Preßverhältnisse beantragt. Die Bundesversammlung hätte sich allerdings in letzterer Zeit mit der deutschen Presse beschäftigt, allein mit der des Auslandes, das Einschmuggeln der im Auslande erscheinenden deutschen Schriften betreffend. Seitdem sind an der Grenze Badens und Bayerns auch so strenge Aussichtsmaßregeln getroffen worden, daß es schwer hält, derartige Schriften nach Deutschland zu bringen.

Stuttgart, 11. April. (Schw. M.) In der gestrigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten veranlaßte die fortgesetzte Beratung des Finanz-Etats eine lebhafte Diskussion, besonders die Etatsposten für das Staats-secretariat (jährlich 17,889 fl.) und für geheime Ausgaben. Der Commissionsantrag auf Berewilligung der für 1845—48 exigirten jährlichen Summe von 10,000 fl., als Fonds für geheime Ausgaben, ward mit 44 gegen 43 Stimmen verworfen, worauf der Finanzminister erklärte, daß er sich von Seiten der Regierung bezüglich der Deckung der so in Frage gestandenen Ausgaben das Weitere vorbehalte.

Mannheim, 12. April. (Mannh. Abgvtg.) Folgende „Gegen-Eklärung“ ist hier von einer Anzahl Israeliten unterzeichnet worden: „Dieser Tage ist uns eine von 77 theils deutschen, theils polnischen und ungarischen Rabbinern unterzeichnete Eklärung „An die treuen Gläubigen in Israel“, datirt vom Jahr der Welt 5605, zu Gesicht gekommen, deren wesentlicher Inhalt in einem unbedingten Verdammungs-Urteil sowohl der von der Braunschweiger Rabbiner-Versammlung gefassten, wie auch der demnächst in Frankfurt etwa gefaßt werdenen Beschlüsse besteht. Escheint es auch bestreitend, daß deutsche Rabbinen ihre lichten Reihen durch slavische Amtsgenossen, deren Bildung bekanntlich weit hinter den Bedürfnissen unserer Zeit zurückgeblieben ist, zu verstärken trachten, und mag schon daraus hervorgehen, daß sie sich bewußt waren, keineswegs die Gesetzungen und Ansichten der Mehrzahl der deutschen Israeliten zu vertreten, so dürfen diese, damit ihr Stillschweigen nicht als Willigung gedeutet werde, sich dennoch aufgefordert fühlen, jener Eklärung in offener und unzweideutiger Weise entgegen zu treten. Von dieser Ansicht geleitet, erklären wir hiermit öffentlich: Wir haben die Braunschweiger Rabbiner-Versammlung und deren bekannt gewordene Resultate mit hoher Freude begrüßt, und an sie die Hoffnung auf Durchführung der dringend nothwendigen Verbesserungen im Judenthum geknüpft. In der sichern Erwartung, daß die demnächst in Frankfurt stattfindende Versammlung auf dem begonnenen Wege fortfahren wird, versichern wir sie im Voraus unserer lebendigen Theilnahme an allen ihren Bestrebungen, und unserer eifrigsten Wünsche für deren Erfolg.“

Mannheim, 12. April. — Das großherzogliche Staats- und Regierungsbatt Nr. 10 enthält eine Bekanntmachung des großherz. Ministeriums der Finanzen vom 18ten v. Mts., die Aufnahme des Antehens von 14 Mill. Gulden für die Eisenbahn-Schuldentilgungskasse betreffend, begleitet von dem Verioosungsplane.

Vom Schwarzwald, 8. April. (Brem. S.) In den deutsch-katholischen Angelegenheiten sucht die österr. Politik durch abmahnende Noten die Consolidirung der Bewegung zu verhindern wie und wo sie kann. Es ist das bei ihrer ohnehin zum übrigen Deutschland etwas isolirten Haltung natürlich. Der Katholizismus war für dieselbe eines der Bande, ein Hauptfundament, auf dem ihre reactionären Einflüsse basirte, von dem sie vermittelten wurden. Dieser Einfluß wird jetzt ernstlich gefährdet. Wie man in Stuttgart die österr. Insinuationen aufgenommen, ist kein Geheimniß, obgleich gerade in Württemberg der wenigste Drang nach Vorschriften unter den Katholiken vorhanden scheint. Man hat nämlich erwidert, daß der König vor einiger Zeit als protestantischer Fürst nicht Anstand genommen, lutherische Dissentergemeinden anzuerkennen und ihnen freie Ausübung ihres Glaubens zu gestatten, daß er also auch in diesem Falle, wenn sich deutsch-katholische Gemeinden bilden sollten, nicht füglich anders handeln könnte. Uebrigens sei das kaum zu erwarten, da in Württemberg der Kirchenrat die Missbräuche glücklich fern gehalten habe, die an vielen andern Orten die Bewegung veranlaßten.

Lübeck, 11. April. (H. G.) Aus sicherer Quelle können wir die Nachricht mittheilen, daß sowohl die großherzogl. mecklenburg-schwerinsche, als strelitzsche Regierung nunmehr definitiv die Erlaubnis ertheilt haben, auf ihren

Territorien ein vorläufiges Nivelllement zur Bestimmung der geeigneten Bahnlinien für einen demnächstigen Anschluß Lübeck's an die mecklenburgischen Eisenbahnen vorzunehmen.

Ö sterreich.

Aus Österreich, 6. April. (Köln. Z.) In Betreff der bekannten und vielbesprochenen Schriftsteller-Petition sind jetzt genauere Nachrichten bekannt geworden. Die kühnsten Wünsche der strebenden Österreicher gehen im Augenblicke nicht weiter, als daß ein solcher Zustand der Presse begründet werde, wie er im übrigen Deutschland besteht. Was dort Anstoß giebt, weil es den Geist und das höhere politische Bewußtsein verlebt, würde bei uns mit Jubel begrüßt werden. So ungleich sind die politischen Verhältnisse und so eignethümlich die hiesigen Censur-Verhältnisse. — Im agrarier Comitate hat eine Congregation Statt gefunden, wobei die Parteien in zwei Höfen abgesondert und unter militärische Aufsicht gestellt waren. Kukuljevich, ein junger Patriot, ermahnte zur Einigkeit; man solle den verderblichen Hader fahren lassen. „Merken wir nicht,“ sprach er, „daß keine der Parteien zu dem gewünschten Ziele gelangen wird, sondern daß ein Gespenst an die Thür unseres Vaterlandes pocht, ja, bereits in unserer Mitte schreitet, das Gespenst des Absolutismus? Wollen wir ihm sämmtlich zum Raube werden? Blicken wir auf die uns entgegenblitzenden Bayonnette“ u. dgl. m.

Frankreich.

Paris, 10. April. — Vorgestern fand im Boulogne-Gehölz ein Duell zwischen dem Herzog von Novigo und Herrn Perregault statt; die Zeugen, Prinz von der Moskowa, Disson, General Lagrange u. s. w., waren fast alle Pairs von Frankreich. Die Justizbehörde, die schon durch das neuliche Duell des Deputirten, Herzogs von Uzès sehr in Verlegenheit gesetzt wurde, weiß sich nicht mehr zu raten und die Erlaßung eines Duellsches scheint unerlässlich. Die Journale berichten sogar, daß sich in Algier zwei Offiziere „mit Bewilligung ihrer Vorgesetzten“ geschlagen haben, wobei einer blieb. Auch der Herzog von Novigo ist so schwer verwundet worden, daß man an seinem Aufkommen zweifelt. — Der österreichische Gesandte, Graf Apolly, hat fast täglich Audienzen bei dem König in den Tuilerien und lange Besprechungen mit Herrn Guizot in dessen Hotel; da zugleich häufig Courier an den Grafen Pontos expediert werden, so glaubt man, daß Frankreich und Österreich übereingekommen sind, vermittelnd in den schweizerischen Wirren einzuschreiten. Dem Vernehmen nach soll eine Revision des schweizerischen Bundesvertrages stattfinden und dem Vorort wie der Tagsatzung mehr Gewalt eingeräumt, dafür aber die Kantonalsovereinat beschränkt werden (?). — Affenaer ist (wie gestern gemeldet) nur zu 5 Jahren Gefängnis verurtheilt worden. Dieser Ausspruch der Geschworenen ist charakteristisch für die gegenwärtige Zeit; hätte Affenaer dieselbe That als Buchhalter irgend eines Banquierhauses begangen, so wäre er zu 20 Jahren Galeeren verurtheilt worden. Ein Incidenzfall hat bei der Debatte dieses Affisenprozesses großes Aufsehen gemacht; es erwies sich nämlich, und der Ordens-Bibliothekar Pater Pourcelet konnte es nicht läugnen, daß die Jesuiten in ihrer Bibliothek das berüchtigte Buch „Maria Stella“ besaßen und es an andere Personen zum Lesen leihen. Maria Stella aber ist das giftigste und gefährlichste Pamphlet, das je gegen den König Ludwig Philipp und seine Familie geschrieben worden ist. Unter der allgemeinen Bewegung im ganzen Auditorium forderte der Präsident den Pater Pourcelet mit Strenge auf, das Buch sogleich zu vernichten, worauf dieser jedoch nichts erwiderte. Die Rede des Vertheidigers Affenaer's, Nogent St. Laurent, war eine wahre Philippika gegen die Jesuiten und machte großen Eindruck.

Paris, 11. April. — Der König hielt gestern, begleitet von den Herzogen von Nemours und Almalo und dem Prinzen von Joinville, im Hof der Tuilerien und auf dem Carrouselplatz Revue über drei Infanterie-Regimenter, zwei Cavallerie-Regimenter und zwei Batterien des 4. Artillerie-Regiments. Das Aussehen und die Haltung des Königs zeigte von großer Rüstigkeit. Er ertheilte eigenhändig an eine große Anzahl von Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten Ordens-decorations. Die Truppen begrüßten beim Defiliren den König mit stürmischen Acclamationen.

Nach dem Moniteur parisien soll den Kammern demnächst ein Gesetzentwurf über die Fortificationen von Havre vorgelegt werden.

** Paris, 11. April. — Die Pairskammer beschäftigt sich noch immer mit der Berathung über die einzelnen Bestimmungen des Gesetzesvorlasses zur Organisation des Colonialgymnasiums, namentlich mit den vorbereitenden Maßregeln zur Emancipation der Slaven auf den französischen Antillen. — Die Deputirtenkammer hat gestern seit langer Zeit zum erstenmal, einen einstimmigen Beschluß gefaßt, es wurde nämlich der Gesetzesvorlage zur Untersagung des Nachdrucks von Wer-

ken, die im Königreich Sardinien erscheinen, von 137 Botanten, als so viele überhaupt zugegen waren, angenommen. — Graf Glahaut, französischer Botschafter am Wiener Hofe, hat einen Urlaub auf unbestimmte Zeit erhalten; man vermutet, es werde ihm die obere Leitung der Erziehung des Grafen von Paris anvertraut werden. — Der Herzog von Montpensier ist gestern nach Marseille abgereist, wo er sich nach Alger einschiffen wird. — Die europäische Bevölkerung in Algerien war am 1. Jan. 1845 auf 75,354 Individuen angewachsen. — In meinem gestrigen Berichte erwähnte ich, daß ein Pfarrer in Paris wegen des Sieges der Jesuiten in Luzern ein Te Deum habe singen lassen. Es ist dies der Pfarrer Des Genettes*) in der Kirche Notre Dame des Victoires, ein Mann, welcher durch seine jesuitischen Verbindungen und Bestrebungen in Paris wohlbekannt ist und von hier aus eine jesuitische Propaganda unter dem frommen Namen einer Erzbruderschaft zum heiligen Herzen Mariä über ganz Europa zu verbreiten bestrebt ist. Der Univers, das ultramontanist (wenn der Begriff im Superlativ gedacht werden kann) Blatt von Paris, sagt nun, daß Te Deum sei nicht gesungen worden, sondern der fromme Des Genettes habe sich damit begnügt, seiner Gemeinde die Luzerner Ereignisse mitzuteilen und stille Dankgebete zu verordnen. Das Siècle bringt sogar einen Brief von Des Genettes, der dasselbe als das Univers ausspricht. Das Siècle setzt hinzu, es sei nur augenscheinlich, daß die Politik auf die Kanzel gebracht werde und wünscht, daß die arde militante eines Theiles der Geistlichkeit unterdrückt würde. Die Débats aber äußern sich noch viel entschiedener gegen den Missbrauch der Kanzel. Sie sagen: „so schön auch die Worte klingen, daß „nos frères de Lucerne“, unsere siegreichen Brüder von Lucern sich in ihrem Siege möglichen sollen, so hat der Pfarrer von Notre Dame des Victoires sich doch höchst vergessen. Die Kanzel ist keine Tribune, Priester sollen die Lehren der Moral und des Glaubens, nicht aber politische Ereignisse zum Gegenstande ihrer Betrachtung machen. Dieser Übergriff muß gleich am Anfang gehemmt werden; sonst werden wir es erleben, daß die Pfarrer noch die Wahlen von der Kanzel besprechen, für einen oder den andern Candidaten öffentlich beten. An religiösen Vorwänden wird es den Pfarrern nie fehlen; unter solchen Vorwänden würde sich aber die Kirche in Alles mischen, was sie auch gar nichts angeht.“ Bei dem Affenaer Prozesse ist der große Reichthum der Jesuiten an das Tageslicht gekommen; Affenaer hatte ihnen 240,000 Fr. entwendet, ohne daß sie den Verlust merkten. Interessant ist es, daß die Luzerner von je her die sogenannten Schweizertruppen an den italienischen und französischen Höfen hauptsächlich zu liefern pflegten, daher die Luzerner dieses Mal gewissermaßen Nachgekommen haben an ihren alten Feinden, den Liberalen, von denen sie bei der ersten und zweiten französischen Revolution übel mitgenommen worden sind. — Einem Schreiben zufolge von Port-au-Prince vom 1. Februar herrscht im ganzen Lande die vollständigste Anarchie. In Cayes ward mehrmals in einem Tag der Generals-Marsch geschlagen. Das Landvolk hat eine drohende Stellung angenommen. Im Norden der Insel, wohin sich General Querier zurückgezogen, wartet man nur auf den günstigen Augenblick, um in eine Spaltung zwischen den Parteien auszubrechen.

Spanien.

Madrid, 5. April. — Die lebhaft hier verhafteten und auf falsche Angaben hin einer Verschwörung beschuldigten Personen sind wieder in Freiheit gesetzt worden. Sie beabsichtigen, wie es heißt, eine gerichtliche Verfolgung gegen ihre Denuncianten.

Portugal.

Lissabon, 2. April. — Großes Erstaunen hat hier die gestern Nachmittags erfolgte Prorogation der Cortes bis zum 20. April erregt. Man schreibt diese unerwartete Maßregel dem Wunsche der Minister zu, die Discussion über einen höchst tyrannischen Act, der gegen einen Kaufmann verübt worden war, zu vermeiden.

Großbritannien.

London, 10. April. — In der vorgestrigen Sitzung des Unterhauses beschäftigte sich das Haus mit der Motion des Hrn. Makinnon, daß das Haus erklären sollte, daß die Begräbnisse im Innern der Hauptstadt und der großen volksreichen Städte als die öffentliche Gesundheit gefährdend und das Schicklichkeitsgefühl verleidend

*) Unsere Leser werden den Mann schon kennen; es ist dies derselbe, welcher als Generaldirektor der erwähnten Erzbruderschaft neulich in diesen Blättern genannt wurde. Von Einsiedeln in der Schweiz, wo Pater Laurentius Hecht als Director der Erzbruderschaft für Deutschland stationirt ist, soll auch Schleien und benachbarte Bande nach der Aussage des Kaplans Schmude in Ratisbon mit einem Unterdirector jener Erzbruderschaft in majorem Dei gloriam beglückt werden.

nicht mehr geduldet werden und verboten werden sollten. Hr. Duncombe schlug den Zusatz vor, daß dieser Gegenstand die ernste Aufmerksamkeit des Parlaments auf sich ziehe. Ungeachtet der Opposition Sir J. Grahams, welcher den Vorschlag im Prinzip nicht zulässig findet, wird der Antrag mit 66 gegen 49 Stimmen angenommen. — Der Deputirte Ferrand zeigte an, daß er nächsten Freitag eine Petition vorlegen werde, worin die Versezung in Anklagestand des Sir Robert Peel wegen mancherlei Vergehen verlangt würde.

Das Morning Chronicle enthält einen Brief von dem politischen Flüchtlings Mazzini, worin er sich gegen die ihm gemachten Anschuldigungen verteidigt. Seine Schlussworte sind: Eine schändlichere Verläumding ist nie im Parlament ausgesprochen worden.

Das Morning Chronicle will wissen, daß Hr. Fitzroy, einer der neulich ernannten Lords der Admiraltät, und Capitän Meynell, diensthünder Kammerjunker der Königin, ihrer Stellen entlassen seien, weil sie sich bei der Abstimmung über den Antrag in Betreff des Seminars von Maynooth ihrer Stimmen enthalten haben.

Nach der Shipping Gazette wäre die neulich erst angeordnete Rekrutierung von Matrosen für die Flotte plötzlich wieder eingestellt worden. Gestern Abend fand wieder im Covent-Garden-Theater ein zahlreich besuchtes Meeting der Anti-corn-law League statt, wobei Cobden wieder gegen die Korngesetze zu Felde zog.

Niederlande.

Rotterdam, 10. April. (Rh. Z.) Man versichert aus guter Quelle, daß die Regierung mehr als je ernstlich daran denkt, den langbesprochenen Handelsvertrag mit Preußen und dem Zollvereine wieder anzuknüpfen, und daß der zukünftige Generalgouverneur von Ostindien, Hr. Hochszen, bei seiner Anwesenheit im Haag an den Berathschlagungen über diesen wichtigen Gegenstand Theil genommen und sich sehr entschieden für den raschen Beginn der Unterhandlungen ausgesprochen habe.

Schweiz.

Zürich, 11. April. — In der heutigen Sitzung der Tagsatzung unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Furrer, kamen die Anträge der Commission zur Berathung. Luzern schlägt statt der dem Antrag der Kommission vorausgehenden Einleitung folgende vor: „Die eidgen. Tagsatzung, in der Absicht zur Handhabung des Landfriedens und zur Vollziehung des Tagsatzungs-Beschlusses über die Freischaaren wirksame Maßregeln zu treffen.“ — Abstimmung: Für die von Luzern beantragte Einleitung des Kommissionaltrages No. I.: Uri, Unterwalden, Zug, Wallis, Neuenburg, Appenzell J. Rh., Baselstadt, Freiburg, Schwyz und Luzern (8½ St.) Ebenso werden auch einige andere Abänderungsanträge, die im Verlaufe der Berathung eröffnet wurden, verworfen und zuletzt das Ganze des Antrages der Kommission mit 20 St. angenommen, nämlich von allen Ständen mit Ausnahme von Glarus und Waadt, die sich das Protokoll offen behalten. St. Gallen stimmte unter Ratsifikationsvorbehalt bei. — Die besondere Umfrage über den 2. Kommissionaltrage, luizernerische Amnestie betreffend, wird eröffnet. Die Abstimmung hierüber war: Für den Antrag, daß in die luizernerische Amnestiefrage gar nicht eingetreten werde: Uri, Unterwalden, Wallis, Neuenburg, Appenzell J. Rh., Baselstadt, Freiburg, Schwyz, Luzern und Zug (8½ St.) — Für den Antrag, daß der Gegenstand an die Kommission zurückgewiesen werde: Appenzell A. Rh. Bei den fernern Abstimmungen ergab sich nur dafür eine Mehrheit, daß statt von zwei eidgen. Kommissionen, von eidgen. Kommissionen im Allgemeinen die Rede sein, und der Mehrheitsantrag vor dem Minderheitsantrag zur Abstimmung kommen soll. Diesem letzten traten, als es sich um das Ganze handelte, nur St. Gallen und Genf, dem ersten hingegen trat eine zahlreichere Minderheit bei. Am II. d. werden die zwei übrigen Anträge der Kommission behandelt — In der Stadt Luzern wurden 13 Getötete begraben, in Kreis 2, in Littau 9, in Matten 27, in Neuenkirch 11. Nimmt man nun an, es seien an andern verschiedenen Orten zusammen noch einmal so viel umgekommen (die Annahme ist aber zu stark, da es an den obzeichneten Orten am blutigsten herging), so steigt die Zahl der Toten auf etwas über 100. Gefangene hat es dann allerdings gegen 2000.

Argau. Herr Alt-Regierungsrath Baumann von Luzern, der bereits unter die Toten gezählt wurde, ist am 8. des Abends gesund in Aarau angelangt, hat Aarau aber wieder verlassen.

Omanisches Reich.

Kairo, 22. Febr. (A. Z.) Zwei Franzosen, von denen der eine Professor an der medicinischen Schule, der andere Zeichnungslehrer in der Militärschule, sind schleunigst abberufen und mit dem Dampfschiff nach Fayum abgegangen — um dem alten Pascha Komödie zu spielen, zur Vertreibung gewisser Unfälle von Melancholie, denen er schon seit einiger Zeit ausgesetzt ist.

Beilage zu № 89 der privilegirten Schlesischen Zeitung.

Freitag den 18. April 1845.

Alexandria, 19. März. (U. 3) Wir leben hier fortwährend in der größten Stille, der Handel stockt gänzlich und leider ist wenig Aussicht vorhanden, daß so wie die Verhältnisse dieses Landes gegenwärtig sind, sobald eine günstige Wendung eintrete. — Die Auswanderungen der Bellahs dauern fort. Die Gouverneure der Provinzen suchen mit aller Strenge die Flüchtlinge in ihre Dörfer zurückzubringen; aus der Provinz Monoufia sollen in einem Monat über 11,000 Bellahs sich flüchtig gemacht haben, und man habe kaum die Hälfte zurückbringen können. — Der König von Preußen hat dem Vicekönig einen prachtvollen Landesläber als Anerkennung der gastlichen Aufnahme des Prinzen Waldemar zum Geschenk gesandt. — Man meldet aus Kairo, daß ein Dampfboot nach Unterägypten abgegangen sei mit Dr. Ciot am Bord, um Ibrahim Pascha abzuholen, der erkrankt ist. Man befürchtete die Rückkehr des sehr bedenklichen Uevels, an dem er voriges Jahr so gefährlich barniederlag. — Während in Europa der strengste Winter herrscht, hatten wir hier stets das gelindste Wetter und keinahe gar keinen Regen; die Hitze fängt bereits an sich einzustellen.

M i s c e l l e n.

Berlin. (Unglücksfälle.) Am 5. April erkrankte sich ein Mann in der Spree. — Am 6. April las Herr Dr. Kiesewetter im Hotel du Nord Scenen aus Goethe's Faust. — Am 7. April übertraf sich Dr. Ludwig Kellstab selbst an Geist und Witz in einem Bericht der Vossischen über den Liebestrank. — Am

8ten bekam eine Dame, welche diesen Bericht las, den Starkrampf. (Glückssfälle.) Ein Mann, der aus einer Börde in die Hinterwohnung ging, hat den vierzig und dreiviertel Schritte langen Hof nicht die Egarre ausgehen lassen, ohne von einem Gensd'armen angehalten zu werden. — Herr Wilhelm Kunst ist auf drei Wochen vereist, um in Danzig zu gastieren. — Laube's Struensee ist vom Hoftheater zurückgewiesen worden. — Wegen des Gastspiels des Komikers Rader aus Dresden soll eine Zeit lang nur zwei Mal statt drei Mal die Woche italienische Oper sein. — Der medicinische Praktikant Herr Arthur Luze hat erklärt: er sei einen Tag in der Woche für Kranke nicht zu sprechen. — Seit acht Tagen ist keine neue Lieder-Composition erschienen. — Jenny Lind hat einen Brief geschrieben, der nächstens zu einem Thaler Entrée für die Person öffentlich ausgestellt werden soll. Ein Spekulant hat 18,000 Thaler geboten, wenn ihm der Billet-Verkauf in Pacht gegeben würde. Der Extrat wird zur Herstellung vor Sehnsucht krank gewordener Enthusiasten verwendet werden. — Einer wohlverbürgten telegraphischen Depesche zufolge hat Liszt neulich in Madrid von Berlin geträumt. — Es werden jetzt viel öfter Ballette gegeben werden, als in den letzten Monaten. — Dem Concert des von einer Stadt nach der andern flöten gehenden Hen. Ritter und des Hen. Nardini wohnte ich nicht bei. (Freimüth.)

Hanau, 10. April. — Die Stellung Heinrich Königs in Fulda soll durch seine Schrift „Eine Fahrt nach Ostende“ worin er mit Sicherheit die Spaltung in der katholischen Kirche voraussagte, noch unfreund-

licher geworden sein, als sie es schon war. Auch Fulda hat bekanntlich seine Romanisten. Dingelstedt war seiner Zeit diesen auch ein großer Stein des Anstoßes, wiewohl er nicht Katholik war und ist. In Stuttgart genießt dieser Dichter eine so große Auszeichnung, daß der Kronprinz, vor seiner Abreise nach Wien, eine Soirée besuchte, welche Dingelstedt gab. Trotz dieser Höflichkeit ist die Muse Dingelstedt's doch sehr selbstständig geblieben. (Magd. 3.)

Kassel, 7. April. — Bekanntlich war der Debit der „Hildburghäuser Dorfzeitung“ und des „Plauderstübchens“ wegen eines Artikels über die Eisenbahnaktionen zu Anfang dieses Jahres in Kurhessen untersagt worden. Durch einen Erlass des kurfürstlichen Ministeriums ist dieses Verbot wieder aufgehoben worden.

London. Der Gouverneur des Irrenhauses in Brighton ist auf den Einfall gekommen eine Zeitung zu gründen, welche ausschließlich von Geisteskranken seiner Anstalt geschrieben, redigirt und gedruckt werden soll. Er will versuchen, ob er durch diese Beschäftigung die disjecta membra der Denkraft und Bildung dieser Unglücklichen sammeln und so zu ihrer Heilung beitragen könne. Das Journal wird den bezeichnenden Titel „The new moon (der Neumond)“ führen. „Dies wird“, bemerkte der Sun, „jedenfalls das erste Journal sein, in welchem die Mondsucht der Mitarbeiter freimäßig eingestanden ist. Journale verschämter Geisteskranken besitzen wir schon lange.“ (Wir in Deutschland ganze Bibliotheken.)

Schlesischer Nouvelles-Courier.

Tagesgeschichte.

Breslau, 17. April. — Der heutige Wasserstand der Oder ist am hiesigen Ober-Pegel 20 Fuß 3 Zoll und am Unter-Pegel 12 Fuß 3 Zoll, mithin ist das Wasser seit gestern am ersten um 7 Zoll und am letzten um 6 Zoll gefallen.

* Schleiden, 14. April. — Heute fand die zweite Versammlung der hiesigen christkatholischen Gemeinde statt. Von dem Vorstande eröffnete Herr Lieutenant D. dieselbe mit einer Ansrede, worin die Wichtigkeit des Schrittes hervorgehoben und zu festem Willen nach reißlicher Überzeugung und Einsicht aufgesfordert wurde. Sodann ging Herr Justitiarius P. die Resultate des Leipziger Concils durch. Die Zutretenden bestätigten ihren Entschluß durch Unterschrift. Es zeichneten sich über 50 neue Mitglieder, worunter einige aus der Umgegend, Striegau und Reichenbach. Es kam nicht die geringste Störung vor. Allgemeine Zufriedenheit und Frohsinn beseelte Jeden. Die Mittheilung über den nahen förmlichen Gottesdienst, den Herr Pfarrer Lange abzuhalten versprochen, erregte große Freude, da sich täglich neue Mitglieder melden, so muß die Gemeinde bald groß werden. Die Überzeugung von der Richtigkeit der Glaubenssätze ist zu tief, als daß sie jemand ändern könnte. Alle gesuchten Mittel zur Verhinderung des Zutritts sind erfolglos. Die Ausbreitung schreitet schnell vorwärts.

Dem Rhein. Beob. wird aus Hirschberg geschrieben: „Schlesien besitzt gegenwärtig bereits mehrere sehr gut eingerichtete Flachsspinnmaschinen, zu Waldburg, Landshut, Erdmannsdorf, Freiburg, Sagan, Patschken, in der Grafschaft Glatz u. a. Unter ihnen haben bisher Erdmannsdorf, Sagan, Landshut und Freiburg die besten Garne geliefert, welche namentlich in Verbindung mit tüchtigem Handgarne ein Gewebe liefern, das eben sowohl den Erfordernissen der Haltbarkeit als des gefälligen Aussehens zur Genüge entspricht. Es kommt hierbei sehr auf die richtige Vertheilung der beiden Bestandtheile an; der Einschlag muß stets aus gutem, egal gesponnenem Handgarne gewählt werden, die Kette kann aus gebiegenem Maschinengespinst bestehen; bei Verwendung der Garne muß ein bestimmtes Verhältniß derselben zu der Fädenzahl des Stückes beachtet und eine sorgfältige, nicht überreite Bearbeitung durch alle Stufen des Anfertigens von Sachkennern geleitet werden. Der scheinbare Gewinn einiger Groschen am Lohne oder eines Tages bei schneller Vollendung einer Webe muß hier schwinden gegen den Vortheil der Herstellung guter, preiswerther Waare, welche vom ersten Versuche auch zu bleibender Kundshaft führt.“

Dippeln. Der Pastor Hauser in Cunnewitz ist zum Superintendenten der zweiten Görlitzer Diözese ernannt worden.

Der Criminal-Actuarius Elsley aus Cosel, ist zum

Bürgermeister in Krappis auf sechs Jahre gewählt und als solcher von uns bestätigt.

Der Kaufmann Ludwig Franke in Neisse, hat die Agentur für die Leipziger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft niedergelegt.

Die Gasbeleuchtung.

Breslau, 15. April. — In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde der zwischen dem Magistrat und den Unternehmern der hieselbst zu errichtenden Gasbeleuchtungsanstalt beschlossene Contract, bei welchem die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung vorbehalten war, vorgetragen und genehmigt.

Laut Contract, aus welchem wir nur Einzelnes mittheilen, verpflichten sich die Unternehmer sämtliche Straßen und öffentliche Plätze, welche innerhalb des Stadtgrabens und des Oderstromes belegen sind, einschließlich der Wallstraße, jedoch mit Ausschluß der Promenade und des Exercierplatzes an derselben, so wie des Auslaßplatzes an der Ziegelbastion, auf 25 Jahre zu beleuchten und jeder öffentlichen oder Privatanstalt innerhalb dieser Stadttheile Gaslicht zu liefern, sobald die Gasbeleuchtung in diesen Stadttheilen durchgängig in Ausführung gebracht sein wird. Die Unternehmer haben sich ferner verpflichtet, alle Apparate, Gebäude, Röhren u. c. auf eigne Kosten herzustellen, so daß die Commune nur die im Contract festgesetzten Preise für die öffentliche Beleuchtung zu gewähren hat, wogegen die Unternehmer auf oben genannte Zeit das ausschließliche Recht erhalten, durch die öffentlichen Plätze, Straßen und Brücken der genannten Stadttheile die erforderlichen Gasröhren zu legen. Bei der Ausführung dieser Anlagen und Einrichtungen sind die Unternehmer ausdrücklich verpflichtet, die obere Leitung und generelle Überwachung bei der technischen Ausführung durch den königl. sächsischen Commissionsrath Blochmann besorgen zu lassen. Die in §. 7 unter a bis l aufgestellten Punkte betreffen die Wahl des Grundstücks zur Gasfabrikation, die Apparate zur Reinigung und Condensation der Dämpfe, die Abgänge (diese letzteren dürfen nicht in öffentliche Flüsse geleitet werden), die Abwendung von Rauch, üblem Geruch, ferner das Material zur Gaserzeugung, (nur Steinkohlen sind erlaubt), der Plan für die Legung der Gasleitungsröhren und Aufstellung der Candelaber muß vor dem Beginn der Arbeiten dem Magistrat zur Genehmigung vorgelegt werden. Alle öffentlichen Laternen und Candelaber müssen aus Gusseisen nach den schon bestimmten Zeichnungen gefertigt werden.

Nach Vollziehung des Contracts und Niederlegung der stipulirten 6750 Rthlr. Caution sind Unternehmer gehalten, mit der Errichtung der Gasbeleuchtungsanstalt, zu welcher der Stadtbaurath künftig zu jeder Zeit Zutritt haben muß, sofort vorzugehen und die Arbeiten so zu fördern, daß die kontraktmäßige Gasbeleuchtung a) auf dem Ring, dem Blücherplatz, der Ohlauer-, Taschen-, Schweidnitzer-, Schloß-,

Neusches-, Nikolai- und Albrechtsstraße, so wie auf der Schmiede- und Schuhbrücke binnen 18 Monaten,

b) auf den übrigen Straßen obengenannter Stadttheile binnen drei Jahren, vom Tage des Contractabschlusses gerechnet, zur Ausführung gebracht wird. *)

Die Laternen und Candelaber sind mit Gasflammen zu beleuchten, deren eine jede einem Fledermausflügel ähnlich, fünf preußische Kubikfuß gutes gereinigtes Gas in der Stunde konsumiren und mit der Lichtstärke einer Garcel-Lampe erster Klasse von einem Durchmesser des Dochtes von 30 Millimeters und einer Del-Konsumtion von 42 Grammes in der Stunde durch die ganze Brennzeit in gleicher Helle fortbrennen muß. (Die Lichtstärke würde also den Danziger und Berliner Gasflammen gleich sein.) Die Entfernung der Gasflammen von einander soll nach Maßgabe der Lokalität zwischen 100 und 120 Fuß, also durchschnittlich 110 Fuß (die jetzige Entfernung) betragen; es bleibt auch der Commune überlassen, gegen Entfernung der Gasflammen nachträglich eine größere oder geringere Entfernung der Flammen zu bestimmen, doch darf die Zahl der Flammen nicht unter 450 vermindert werden. Die Normalbrennzeit der öffentlichen Beleuchtung wird auf 2000 Stunden jährlich festgesetzt und vom Magistrat eine Tabelle für den Zeitpunkt des Anzündens und Ausschließens der Flammen an jedem Tage des Jahres im voraus angefertigt.

Auch für Extrabeleuchtung, welche wohl zuweilen nothwendig werden könnte, ist gesorgt und muß für diesen Zweck stets ein Bestand von mindestens 10,000 Kubikfuß gereinigten Gases vorrätig sein. Bei Ausbruch eines Feuers müssen die der Brandstätte angrenzenden Straßen aus diesem Gasbestand unentgeltlich erleuchtet werden.

Für jede Straßenlampe bei 2000 Stunden Brennzeit zahlt die Commune eine jährliche Vergütung von 15 Rthlr., für Extrabeleuchtungen dagegen den Preis von 2½ Pfennig pro Stunde.

Über den Preis der Gasflammen in den oben nicht benannten Stadttheilen ist kein bestimmtes Uebereinkommen möglich gewesen, doch haben sich die Unternehmer bereit erklärt, folgende Straßen und Plätze, als:

die Klosterstraße bis zur Brüderstraße,
die neue Schweidnitzer Straße bis zur Gartenstraße,
den Lauenzenplatz,
die Lauenzenstraße, vom Lauenzenplatz bis zur neuen Taschenstraße,
die neue Taschenstraße,
die Friedrich-Wilhelmsstraße bis zum evangelischen Kirchhof,
die Werderstraße,

*) Wird die Frist nicht inne gehalten, so zahlen die Unternehmer für jede Woche, um welche die Ausführung der Gasbeleuchtung verzögert wird, 50 Rthlr. Conventionalstrafe, bei längerer Verzögerung als 3 Monate, treten nach §. 19 noch schärfere Strafen und Verfügungen ein. (Siehe unten.)

die Mathiasstraße bis zum russischen Kaiser,
die neue Sandstraße bis zur Salomon-Apotheke,
die Domstraße bis zur Kathedrale, die
zu erleuchten unter denselben Kontraktsbedingungen, je-
doch gegen einen Preis von 18 Rthlr. pro Flamme.
Ueber die Abgabe von Gaslicht an Priv-
aten haben zwar die Unternehmer sich vorbehalten,
in jedem einzelnen Falle ein besonderes Abkommen zu
treffen, jedoch sich verpflichtet, in den Straßen und
Plätzen, wo die öffentliche Gasbeleuchtung eingeführt
sein wird, jedem Hausbesitzer zur äußeren Beleuchtung
der Straßenseite die Gasflamme, wie die öffent-
lichen Straßengasslammen, zu denselben Preisen,
welche für die öffentliche Beleuchtung stipulirt sind, zu
geben. Zur Beleuchtung im Innern dagegen in fünf
Klassen das Gaslicht,

- 1) durch Gledermausbrenner wie die Straßenlammen,
 - 2) durch 16 Lochbrenner,
 - 3) durch 12 Lochbrenner,
 - 4) durch 5 Lochbrenner,
 - 5) durch 3 Lochbrenner,
- und zwar zu den billigsten Preisen zu liefern, deren Maximum pro Stunde denjenigen Betrag nicht übersteigen soll, welcher sich nach Verhältniß der Gasconsuption jeder Klasse zu dem Preise von 3 Rthlr. 5 Sgr. pro 1000 Kubikfuß ergiebt. Die Abnehmer sollen jedoch unter dieser Bedingung auch die Kosten der Zuleitung und Einrichtung tragen, wogegen ihnen auch die Anlagen verbleiben.

Wie viel jede Klasse durchschnittlich pro Stunde normalmäsig zu konsumiren hat, müssen die unter Kontrolle des Magistrats in der Anstalt für jede Klasse aufzustellenden und auszawendenden Normal-Gaszähler ergeben.

Flammen der 4ten und 5ten Klasse, sowie die Beleuchtung außer der Zeit, vom Einbruch der Dämmerung bis 2 Uhr Nachts, werden die Unternehmer nur nach speziellen Gaszählern liefern. Unter denselben Bedingungen wollen die Unternehmer für die innere Beleuchtung des Rathauses und der übrigen städtischen, so wie derseligen Institutsgebäude, welche ganz oder teilweise aus Kommunalfonds erhalten werden, das Gaslicht mit einem Rabatt von 16 2/3 Prozent liefern. Ueber die Kontrolle und Prüfung der normalmäsigen Beschaffenheit der öffentlichen Gasflammen sind sehr genaue Vorschriften. Ergiebt zum Beispiel die Kontrollmessung an drei verschiedenen Punkten der Stadt eine geringere, als die kontraktmäsige Helligkeit, so tritt eine dem Verhältniß der geringeren Leuchtkraft entsprechende Verminderung der stipulirten Preise der Gesamtbeleuchtung ein; überdies sind nicht unbedeutende Conventionalstrafen festgesetzt, welche so lange dauern, bis die Herstellung der normalen Helligkeit durch Probemessungen erfolgt ist.

In Betreff der Brennzeit ist zwar bestimmt, daß wenn das Anzünden einzelner Flammen zu spät, oder das Auslöschen zu früh geschieht, eine nicht über 15 Minuten dauernde Abweichung außer Betracht bleiben soll, sobald aber diese Zeit überschritten wird, sogleich Conventionalstrafen, wie sie der Kontrakt festsetzt, erfolgen sollen.

Im Fall die Gasbeleuchtung unterbrochen wird, muß jede Gaslaterne sogleich von dem Unternehmer mit einer Dellampe versehen werden, die pro Stunde zwei Loth Öl verzehrt, und hat die Commune keine andere Vergütung, als die für die Gasflammen stipulirte, zu zahlen. Ueber die schleunigst vorzunehmende Wiederherstellung der Gasflammen sind genaue Bestimmungen, und die Conventionsstrafen, im Fall die Un-

ternehmer an der Unterbrechung schuld sind, oder die mangelhaftesten Anlage, sind nicht unbedeutend; ja wenn die Unterbrechung über drei Monate dauert, oder die normale Helligkeit der Flammen binnen derselben Zeit nicht hergestellt ist, oder wenn die zur Vollendung der Gasbeleuchtung bestimmten Fristen länger als 6 Monate verzögert werden, hat die Commune sogar das Recht, entweder die Ueberlassung der Gasbeleuchtungs-Anstalt gegen Zahlung des nach § 21 zu ermittelnden Kaufpreises zu verlangen, oder mit Ausschluß der übrigen Anlagen die sämtlichen Leitungsröhren, Laternen und Sandelaber für den, durch das Gutachten von 5 nach § 21 zu bestellenden Sachverständigen zu ermittelnden Betrag des Materialwertes und der Kosten der Fertigung und Arbeitslöhne käuflich zu übernehmen.

Nach Ablauf des Kontraktes kann die Commune diesen prolongieren, oder die Gasbeleuchtungs-Anstalt mit Röhrenleitungen &c. kaufen für den Werth, welcher als Taxwerth des Grundstücks, Materialwerth, Fertigungskosten und Ertrag (nach näheren Bestimmungen des § 21) zu ermitteln ist. Zugleich behält sich aber die Commune vor, statt der auf diese Weise abzuschätzenden Summe, die ganze Anstalt übernehmen zu können, mit einem Zuschlage von 25 Prozent des Herstellungswertes.

Wenn aber weder Prolongation noch Kauf erfolgt, so erhält zwar der Kontrakt, indessen verbleibt den jetzigen Unternehmern das Recht, die gelegten Leitungsröhren zur Abgabe von Gaslicht an Privaten zu benutzen, doch ist dies Recht kein ausschließliches, auch kann die Compagnie keine Entschädigung beanspruchen, wenn die Commune anderweitige Beleuchtungs-Einrichtungen trifft. Der Stadtcommune bleibt aber immer das Recht, auch künftig von 5 zu 5 Jahren die Gasbeleuchtungsanstalt nebst Röhren &c. unter obigen Bedingungen käuflich zu übernehmen. Dies sind ungefähr die Hauptpunkte des aus 25 Parazephen bestehenden Kontrakts, welcher mit großer Sorgfalt und Sachkenntniß abgefaßt ist.

Fiat justitia! Pereat mundus!

Es war am 31. März des Jahres 1845, als schreckliches Unglück unsere gute Stadt heimsuchte. Schon des Morgens 5 Uhr war die Nachricht von dem Ausbreiten der Oder aus ihrem friedlichen versandeten Bett, so weit bekannt, daß Tausend müßiger Zuschauer die Brücken suchten, um den seit Menschengedenk unerhörten Eingang zu sehen; schon am nämlichen Morgen bildeten sich aus den Wätern der Stadt Rettungsvereine für Unterbringung und Versiegung der Unglücklichen, deren Asyl von den Fluthen heimgesucht war, und die nächsten Stunden brachten der gespannten Erwartung der Bewohner der inneren Stadt die traurige Kunde von dem Durchbrechen der Dämme, von dem Einsturze mehrerer Wohnhäuser, und von dem herzerreisenden Schicksal derer, die an den bedrohten Stellen zurückgeblieben waren, und deren Rettung unmöglich schien, wenn nicht die göttliche Borsehung den Fluthen Inhalt that. Der Hinterdom und die in demselben befindlichen Straßen, bildeten eine unabsehbare Wasserfläche, nur von einzelnen hervorragenden Bäumen und von wenigen Häusern belebt, deren Handhabung muthvolle Schiffer leiteten. Der Schwalbennestdamm, der Schutz für die Hinter-, Schul- und Kirchhofstraße, hielt vorläufig die Fluthen zwar ab, aber er bedurfte der treuesten Pflege, um jedes mögliche Überströmen zu hindern. Unter der kleinen Zahl jener gemeinsinnigen Männer, die mit Hintanzug der Ret-

tung des eigenen Heerdes, mit Hinwegsehen über die offene Lebensgefahr, zu retten suchten, soweit menschliche Kraft und Beharrlichkeit reichte, befand sich Einer, dessen Name vielfach lobend in den Zeitungen und Postblättern erwähnt worden ist. Er war in einen Prozeß verwickelt, zu dessen Erörterung Termin am 31. März Vormittags 9 Uhr anstand. Seine Angehörigen und er selbst beschafften Damm-Material für die eigene Wohnung, und widmeten hiernächst ihre Thätigkeit dem Allgemeinen Besten.

Das Haupt der Familie konnte in dieser Bedrängnis, keinen Augenblick entbehrt werden, weshalb eines der Kinder mit einem Briefe an das Gericht abgeordnet ward, worin das Gesuch um Verlegung des Terminals, aus Gründen gemeinsamer Gefahr, ausgesprochen und dabei bemerkt wurde, daß neben der obwaltenden Notorietät eine Bescheinigung der Gefahr und der Nothwendigkeit zu schützen und zu retten, nicht beigebracht werden könne, weil alle Autoritäten, die diese Bescheinigung auszustellen vermöchten, ihre Zeit dringender Abhülfen zu widmen hätten. — Das Wasser strömte über Wiesen und Felder, die Häuser und Brücken stürzten, die Eismassen thürmten sich, Weiber und Kinder schrien Zeter und das Gericht entschied im eisernen Festhalten an der Form:

"es könnte dem Prorogations-Gesuch nicht deferiert werden, weil die Ursachen, welche den Verklagten am Erscheinen hinderten, nicht attestirt wären" und so ist denn zu fürchten, daß gegen jenen Mann, dem die Notorietät die Hindernisse-Ursachen zur Seite steht, in contumaciam verfahren wird, und ihm dadurch seine gründlichen Einwendungen abgeschnitten werden. Breslau. Guillaume.

Logograpph.

Mit a bin ich gar oft ein Haupt,
Und geb' auch baaren Nutzen. —
Mit o ward einst ich schier geraubt;
Doch macht die Feinde staken
Ein unerwartetes Geschrei.

Und zog die Retter mir herbei. —
Mit ä dien' ich zu Kron' und Schmuck,
Doch leid' ich meistens schweren Druck. —
Mit e ich nur ein Abschnitt bin,
Wenn oft auch Viele sitzen drin."

F. R.

Auflösung des Räthsels in der gestr. Ztg.: Apfel.

Action-Course.

Breslau, vom 17. April.

Einige Eisenbahnactien sind heute bei schwachem Geschäft im Course zurückgegangen.

Oberschles. Litt. A. 4% p. C. 119 Br. Prior. 103 Br. dito Litt. B. 4% p. C. 115 Br.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% p. C. abgest. 119 etw. bez.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Prior. 102 Br.

Rheinische 4% p. C. 101 Br.

Rheinische Prior.-Stamm 4% Zus. : Sch. p. C. 107 1/2 bez.

Ost-Rheinische (Köln-Minden) Zus. Sch. p. C. 108 1/2 u. 1/2 bez. u. Gid.

Niederschles.-Märk. Zus.-Sch. p. C. 112 Br.

dito Zweigb. (Glog.-Sag.) Zus.-Sch. p. C. 103 1/2 Br.

Sächs.-Schles. (Dresd.-Görl.) Zus.-Sch. p. C. 115 Br.

Neisse-Brieg Zus.-Sch. p. C. 104 Br.

Kraatz-Oberschles. Zus.-Sch. p. C. abgest. 107 1/2 bez.

Wilhelmsbahn (Görl.-Oberberg) Zus.-Sch. p. C. 113 Br.

Berlin-Hamburg Zus.-Sch. p. C. 117 Br.

Friedrich-Wilhelms-Nordbahn Zus.-Sch. p. C. 102 1/2 u. 1/2 bez.

Zur unentgeldlichen Aufnahme nicht geeignet: Berichtigung von W. Kl. in N. — Die römische Partei von J. K. in Gl.

Springer's Wintergarten

(vormals Kroll's).

Hiermit die ergebene Anzeige, daß der Weg zum Wintergarten durch den schnellen Abfall des Wassers wieder ganz leer geworden ist: Die gehrten Abonnenten haben auch außer den Concert-Tagen freien Eintritt. Entrée für Nicht-Abonnenten à Person 2 Gr.

Im neuen Concertsaal, Carlstraße No. 37
Abend-Concert der Steyermarkischen Musik-
Gesellschaft

Freitag den 18. April 1845.

Anfang 7 Uhr. Entrée zum Saal 5 Sgr.
zu den Logen 7 1/2 Sgr.

Bekanntmachung.

Die der hiesigen Stadt-Commune gehörige vor dem Nicolai-Thore rechts der rothen Brücke gelegene Wiese, 1 M. M. 21 QM. 1847 verpachtet werden, und haben wir hierzu auf

den 29sten April c. Vormittags um 11 Uhr

auf dem rathäuslichen Fürsten-Saal einen Licitations-Termin anberaumt. Die Verpachungs-Bedingungen liegen in unserer Rathssiederstube zur Einsicht bereit.

Breslau den 1sten April 1845.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Verlobungs-Anzeige.

(Statt besonderer Meldung.)

Die Verlobung meiner Tochter Auguste, mit dem Kaufmann Herrn August Agath, beehre ich mich Verwandten und Freunden hierdurch ergebenst anzugeben.

Breslau den 17ten April 1845.

A. Friebe, Brauerbetrieb.

Auguste Friebe,
August Agath,
Verlobte.

Todes-Anzeige.

Heute früh 12 1/2 Uhr starb unser erst am 13ten v. Monats geborenes, liebes Söhnchen Heinrich, in Folge Unterleibskrämpfen. Dieses schmerzhafte Ereignis für uns zeigen allen Verwandten und Freunden hiermit ergebenst an:

Ecke, Apotheker und Frau.
Ratscher den 14. April 1845.

Todes-Anzeige.

Das gestern Abend nach 7 Uhr erfolgte Dahinscheiden unsers geliebten theuren Sohnen, Baters, Bruders, Schwiegersohnes und Schwagers, des hiesigen Kaufmanns Wilhelm Bordonio, in einem Alter von 27 Jahren, an den Folgen eingetreterer Milzkrankheit und Blutauflösung, nach dem vorangegangenen Nervensiefer, zeigen wir im tiefsten Schmerze ganz ergebenst an.

Ratsbor den 14. April 1845.

Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Mit der Bitte um stillen Theilnahme erfüllen wir die traurige Pflicht, allen entfernten Freunden und Bekannten anzuseigen, daß heut Vormittag um 9 1/2 Uhr am Nervenschlag das theure Leben unseres hochverehrten Baters, Groß- und Schwiegervaters, des Grafen Carl Leopold v. Arco auf Kopczow und Scier, nach einer langwierigen Krankheit, in dem Alter von 68 Jahren 9 Monaten geendigt hat.

Neuberun den 14. April 1845.

Theater-Repertoire.

Freitag den 18ten: "Doctor Faust's Hauskappchen" oder "die Herberge im Walde." Posse mit Gesang in 3 Aufzügen von Friedrich Hopp. Musik vom Kapellmeister M. Hebenstreit.

Sonntags den 19ten: "Richards Wan-derleben." Lustspiel in 4 Akten nach dem Englischen frei bearbeitet. Richard Wan-derer, Herr Emil Devrient, vom Königl. Hoftheater in Dresden, als 2te Gastrolle.

Am 27. April c. ist Generalversammlung des landwirtschaftlichen Beamten-Verein in Reichenbach.

Für den Vorstand. Gumprecht.

Die Aufnahme in die Fortbildung-Anstalt für Handwerks-Gesellen findet Sonntags zwischen 11 und 12 Uhr Neustadt, Kirchstraße No. 3, statt durch deren Revisor Rector Kämpf.

Letzte dramatische Vorlesung von Holtei

(König von Ungarn, 7 Uhr).

Heute den 18ten: "Ein Sommer-nachtstraum" und "Heinrich V."

(vierter Akt.)

Eintrittskarten für 20 Sgr. (auf die Gallerie für 10 Sgr.) sind in der Grosser-schen Musikalien-Handlung und des Abends an der Kasse zu bekommen.

Einführung.

Die Herren Actionaire der Rübenzucker-Fabrik zu Groß-Mochbern werden hierdurch zu einer auf den

21. April d. J. Nachmittags 3 Uhr im

hiesigen Börsenlokalen anberaumt.

Gegenstände der Berathung werben sein:

1) der Bericht des Direktors über die Lage

des Unternehmens.

2) die Beschlusshabe über den Ankauf der

Rundfeueröfen für die nächste Campagne.

Die Ausbleibenden werden als den durch

Stimmenmehrheit gefassten Beschlüssen bei-

treten erachtet.

Direktorium der Rübenzucker-Fabrik

zu Groß-Mochbern.

Die Sing-Akademie versammelt sich Sonnabend den 19ten im Ganzen.

Freiwillige Subhastation.

Die den Geschwistern v. Bojanowski gehörigen, im Kröbener Kreise belegnen adeligen Rittergüter:

- 1) Chwatkowo mit Groß-Włostowo, landshaftlich abgeschäzt auf 63,458 Rthlr. 16 Sgr. 4 Pf.
- 2) Klein-Włostowo, gerichtlich abgeschäzt auf 20,272 Rthlr. 10 Sgr. 9 Pf. sollen theilungshalber im Wege der freiwilligen Subhastation verkauft werden. Der Bielungstermin ist auf

den 5. Mai d. J., vor dem Oberlandesgerichts-Assessor de Regé in urserem Instructionszimmer anberaumt worden. Die Taxe und Hypothekenscheine können in der Registratur eingeführt werden. Als Kaufbedingungen sind folgende aufgestellt worden:

§ 1. Die Güter Chwatkowo nebst Zubehör und Klein-Włostowo haben zwar ein besonderes Hypothekenfolum, sollen jedoch der bisherigen Bewirthschafungart und hauptsächlich der Gebäude wegen zusammen verkauft werden.

§ 2. Der Verkauf geschieht in Pausch und Bogen ohne Gewährleistung; zu diesem Verkaufe sollen auch sämmtliche lebende und tote Grundinventarien nach Inhalt des Tradition-Protokolls und des am 10. April 1837 zwischen dem verstorbenen Josef v. Bojanowski und dem Ferdinand Schatz geschlossenen Pacht-Contracts gehören.

§ 3. Jeder Kauflustige muß vor Beginn der Elicitation dem Deputiten eine Caution von 10,000 Rthlr., i. W. Zehntausend Thalern in preussischem Courant oder vierprozentigen Pfandbriefen oder vierprozentigen Staatspapieren zur Sicherstellung der Kosten und Erfüllung der Bedingungen erlegen. Die Miteigentümner dieser Güter sind, falls dieselben licitieren sollten, von Deponirung einer Caution befreit.

§ 4. Der Meistbietende (selbst der Miteigentümer) ist verpflichtet, das nach Abzug

der auf diesen Gütern haftenden Hypotheken-Schulden und der 4000 Rthlr. betragenden Caution des Pächters Ferdinand Schatz übrigbleibende Kaufprestum am 24. Juni 1845 zu Händen der sich durch die Theilungssprüche legitimirenden Erben zu zahlen, unter der Verzinsung, daß der neue Acquirent, falls er dieser Verpflichtung nicht nachkommen sollte, als Vergütung der Schäden und entzogenen Nutzungen überhaupt 10,000 Rthlr. oder für jeden der Miteigentümner zu 2000 Rthlr. zahlt. — Der Erbteil des jüngsten Neopatricen r. Bojanowski, insoweit solcher demselben aus diesen Gütern anfallen wird, kann auf den zur Subhastation gestellten Gütern, jedoch gleich hinter den auf diesen Gütern eingetragenen Pfandbriefen gegen 5 p. Et. an dessen Haupt-Vormund in halbjährigen Raten,

am 24. Juni und 24. December jeden Jahres

franco zu zahlende Zinsen bis zu dessen Majorenität stehen bleiben.

§ 5. Da auf dem Gute Klein-Włostowo zwei Forderungen haften:

a. Rubr. II. No. 4 die in Quanto unbestimmte Brautschak-Summe für die vier Töchter des Matthias v. Potocki,
b. Rubr. III. No. I eine Protestation für die Salomea geb. v. Borzecka, verehel. v. Dzierawska und verwitw. v. Potocki, wegen einer Brautschaksumme von 10,000 Floren polnisch und einer gleich hohen Reformations-Summe;

so hatten sich, falls die eingeleiteten Verhandlungen von dem 24. Juni 1845 nicht erfolgen sollten, sämmtliche Miteigentümer für verantwortlich, und verpflichten sich, diese Lösungen vor St. Johanni 1846 auf ihre Kosten zu bewirken, und außerdem 6,600 Rthlr. (jeder der 5 Mit-Erben zu 1,320 Rthlr.) bis St. Johanni 1846 à 5 p. Et. zinbar deshalb zurückzuzahlen, weil die Landschafts-Direction der fraglichen Protestationen wegen, die Ausfertigung von Pfandbriefen abgelehnt hat.

§ 6. Die majorennen Mit-Eigentümer werden gleich nach dem Termine am 5. Mai dieses Jahres, in die Abdication willigen, wozu auch der Vormund der Minoren Andreas Semrau, als hierzu ermächtigt, Namens der Minotennen beizutreten, verpflichtet sein wird.

Die Uebergabe wird erst am 1. Juli d. J. erfolgen, d. i. wenn der Aquirent dem Artikel 4 aufgeföhren Zahlungs-Bedingungen genügt haben wird. Diese Uebergabe wird laut Pacht-Contract vom 10. April 1837 zwischen dem verstorbenen Josef v. Bojanowski und dem Ferdinand Schatz — gütig bis Johannis 1846 — und in Gemäßheit des zwischen denselben aufgenommenen Tradition-Protokolls erfolgen.

§ 7. Sämmtliche aus dem im vorigen Artikel erwähnten Pacht-Contracts originirende Ansprüche des Gutsbesitzers und des Pächters, so weit solche aus der Periode bis zum 1. Juli d. J. entstanden, gehen die jetzigen Miteigentümer an, diejenigen aber, welche nach dem 1. Juli d. J. entstehen könnten, den neuen Besitzer.

§ 8. Die Amortisation von den Pfandbriefen gehört den Käufern.

§ 9. Die Tax-Kosten von Klein-Włostowo, sowie die Elicitations-, Kauf- und Uebergabekosten beider Güter trägt der neue Acquirent.

Posen am 12. April 1845.

Königl. Oberlandes-Gericht, I. Abtheilung.

Edictal-Citation.

Der zu Klein-Tinz am 2. Mai 1792 geborene Lüchlergeselle Johann Joseph Jacob Philipp Rademacher, welcher im Jahre 1812 auf die Wanderschaft, zunächst nach Hanau gegangen, und in seinem letzten Schreiben vom 24. December 1816 erwähnt hat, daß er eine Reise zur See machen werde, wird auf Antrag des ihm zugeordneten Curators, Hrn. Justiz-Commissarius Hilliges zu Neumarkt, nebst seinen etwa zurückgelassenen unbekannten Erben hierdurch vorgeladen, sich innerhalb 9 Monaten, spätestens aber in dem auf den 29. Septbr. 1845, Vormitt.

10 Uhr,

im hiesigen Ganzlei-Locale des unterzeichneten Gerichts-Amtes anberaumten Termine persönlich oder schriftlich zu melden und weitere Anweisung zu erwarten, unter der Warnung, daß er (der aufgerufene Johann Joseph Philipp Jacob Rademacher) ansonst für tot erklärt und dessen Vermögen unter Ausschließung der sich nicht gemeldeten Erben den sich legitimirenden ausgeantwortet werden wird.

Canth den 7. December 1844.
Das Gerichtsamt für Klein-Tinz und Garowahne.

Freiwillige Subhastation.

Die dem Ernst Nicolaus gehörige, sub No. 21 zu Nieder-Mühlwitz belegene Wassermühlenbesitzung, welche nebst dem Ackerbau No. 50 Galitz auf 2514 Rthlr. abgeschäzt worden, soll auf Antrag des Besitzers in dem den 2ten Mai d. J. Vormittags 11 Uhr im Gerichts-Lokale zu Nieder-Mühlwitz anstehenden Termine im Wege freiwilliger Subhastation öffentlich verkauft werden. Taxe, Kaufs-Bedingungen und Hypotheken-Schein sind in unserer Kanzlei einzusehen.

Bernstadt den 4ten April 1845.

Gerichts-Amt der Fidei-Commiss-Herrschafft Neesewitz.

Bekanntmachung.

Vom 1sten Juni c. wird eine Polizei-Serientanteile hier selbst, womit ein Gehalt von 96 Rthlr. jährlich verbunden ist, vakant. Militair-Invaliden, welche der polnischen Sprache mächtig sind, werden aufgefordert, unter Überreichung des Civil-Verpflegungsscheins und des Militair-Entlassungs-Attestes, sich schriftlich in portofreien Briefen oder auch persönlich zu melden.

Ein dreimonatlicher Probiedienst wird vorbedungen und muß die Meldung bis zum 1. Mai c. geschehen.

Oppeln den 12ten April 1845.

Der Magistrat.

Zu verkaufen

ein Kretscham, 1½ Meile von Breslau, mit 41 Morgen Acker, mit sämmtlichen lebenden und toben Inventarien, die Gebäude sind im besten Bauzustand und das Wohnhaus enthält fünf Stuben, für 4500 Rthlr., mit 2000 Rthlr. Einzahlung; so wie auch eine Freistelle, 1½ Meile von Breslau, mit 7 Morgen Acker, für 600 Rthlr., mit 300 Rthlr. Einzahlung, sind mir beide sofort zum Verkauf übertragen werden. Ernstliche Käufer ersuchen das Nähere bei C. G. Testel in Breslau, Große Gossengasse No. 6.

Die Oberamtmann Braune'schen Erben zu Niemka beabsichtigen die hier selbst belegene Ölfabrik mit 4 hydraulischen Pressen, welche durch Dampf und Wasser betrieben wird und täglich 200 Schffl. zu pressen vermag, nebst Raffinerie, Stallung, Remisen, Wohnungsgelaß des Betriebspersonals und der bei der Delmühle befindlichen Mehls- und Graupengänge zu verpachten. Die Pachtbedingungen sind in der hiesigen Domänen-Amts-Kanzlei einzusehen. Niemka den 14. April 1845.

Ein herrschaftliches massives Haus, mit 8 freundlichen Zimmern, Gewölben, Alkoven, Küchen, Nebengebäuden, Stallung, Remisen, Kellern &c., großem schönen Garten mit der schönsten Aussicht, dicht an Frankenstein, ist sofort durch mich billig zu verkaufen.

Tralles, vorm. Gutsb., Schuhbrücke 66.

Haus-Verkauf.

Ein gut gebautes, massives Haus mit sieben Zimmern, Gewölben, Keller und vorzüglicher Nahrung, auf der belebtesten Straße in Frankenstein gelegen, sich zu allen Geschäften eignend, habe ich sofort billigt für 3500 Rthlr., mit 1500 Rthlr. Anzahlung zu verkaufen und das Nähere bei mir zu erzählen.

Tralles, Schuhbrücke No. 66.

Beachtungswertes.

Zwei im besten Zustande sich befindende Häuser zum Betriebe der Bäckerei eingerichtet, wovon das eine hier Orts auf einer der frequentesten Straßen, das Andere in einer der belebtesten Kreisstädte am Marktplatz belegen, sind Familienverhältnisse halber, mit äußerst geringer Anzahlung sofort zu verkaufen. Nur ernstlichen Schäftkäufern teilt Nähres mit: der Kaufmann Jäkel, Sandstraße No. 8.

Eichen-Pflanzen

von 2, 4, 6, 8 und 10 Fuß Höhe offeriert einige 100 Schckl. zum Preise von 10, 15, 25, 35 und 45 Sgr. pro Schckl.
v. Poser u. Näßlich a. Ursula, in Kempen zu erfragen.

Bei Wilh. Gottl. Korn in Breslau ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Erster Führer durch den Deutschen Dichterhain.

Ein Hilfsmittel beim

Unterricht in der neuen und neuesten Literatur
für
Stadt-, Real- und Döchterschulen, für Präparanden-Anstalten
und Schullehrer-Seminare;
eine Festgabe für die Jugend.

von

R. F. W. Wander.

„Die Namen sind in Erz und Marmo-stein so gut nicht aufbewahrt, als in des Dichters Lied.“
v. Alzinger.

31 Bogen gr. Lexicon-Octav.
Preis 1 Rthlr. 7½ Sgr.

Der Verfasser ist den Lehrern bekannt. Was er will, hat er ausführlich im Vorwort der Schrift ausgesprochen: mit der Jugend durch den weiten, reichen deutschen Dichterhain wandeln. Wie das Buch durch Vollständigkeit und Anordnung sich von andern Gedichtsammlungen wesentlich unterscheidet, so empfiehlt es sich besonders durch seinen reichen Inhalt. Außer der periodischen Charakteristik und Übersicht enthält es von 687 Versäßen, mit denen es mehr oder weniger bekannt macht, 894 Gedichte. Da fast sämmtliche kritische Kritiker durch die besten religiösen Poessen darin vertreten sind, so eignet es sich für das Inventarium jeder Volksschule. Ganz besonders werden es aber die Zöglinge der Schul-lehrer-Seminare, Real- und höheren Döchterschulen und ähnlicher Institute mit Nutzen gebrauchen; es wird eine gute Lektüre für Schul-präparanden sein.

Mehrere sorgfältig bearbeitete Register und Übersichten bieten dem Lehrer reichen Stoff zu fruchtbaren Übungen und Wiederholungen.

Jede Buchhandlung ist in den Stand gesetzt, folgende Vortheile gewähren zu können:

bei Abnahme von 10 Exemplaren auf einmal 1 Frei-Exemplar.
= = = 25 = = = 3 =
= = = 50 = = = 8 =

Breslau, im April 1845.

Wilh. Gottl. Korn.

In Kommission bei W. G. Korn in Breslau ist erschienen und in allen Buchhandlungen (in Landeshut bei C. Rudolph, in Ostrava bei C. G. Schön) zu haben:

Grundzüge der Glaubenslehre, des Gottesdienstes und der Verfassung der allgemeinen (katholischen) christlichen Gemeinde

Breslau.

Zum Besten der Gemeinde.

Preis 1 Silbergroschen.

Zarys wyznania, nabożeństwa i urządzienia powszechnego (katolickiego) gminy chrześcijańskiej we Wrocławiu. Z niemieckiego spolszczonego. Na rzecz gminy. Cena 1 srebrnik.

Wilh. Gottl. Korn.

Berliner Land- und Wasser-Transport-Versicherungs-Gesellschaft.

Für obige Gesellschaft werden Versicherungen auf Güter und Waren aller Art, während ihres Transports zu Lande oder zu Wasser von jetzt ab zu den bekannten niedrigen Sommer-Prämien angenommen. Auch gewährt dieselbe am Schlusse des Jahres auf Prämien-Zahlungen

über 50 bis 100 Rthlr. einen Rabatt von 5 p. Et.
über 100 bis 200 Rthlr. einen Rabatt von 10 p. Et.

über 200 Rthlr. aber einen Rabatt von 15 p. Et.

Zur Vollziehung von Versicherungen empfiehlt sich

Breslau den 18ten April 1845.

S. E. Günther, Friedrich-Wilhelmsstraße No. 1.

Christ-katholische Literatur.

So eben erschien bei Wilhelm Hermes in Berlin und ist in der Buch- und Kunsthändlung Eduard Trewendt, Albrechtsstraße No. 39, vis à vis der Königl. Bank, eingegangen:

Die katholische Kirchenreform.

Monatschrift,

herausgegeben von Anton Mauritius Müller.

März-Heft.

Inhalt: Leitende Artikel. Die neue katholische Kirche. — Was will die katholische Kirchenreform? — Allgemeine Grundsätze und Bestimmungen der deutsch-katholischen Kirche — Kritik. Gebrängte Inhaltsangabe, betr. Schriften. — Benilleton. Adressen, Briefe, Gemeindeangelegenheiten.

Preis pro Jahrgang 1 Rthlr.

Offener Brief einer Christin

an ihre Schwestern, die Frauen und Jungfrauen der Gegenwart.
gr. 8. Preis 1 Sgr.

Dies gehört den Deutsch-Katholiken.

Von Theophil Bittkow. gr. 8. Preis 2 1/2 Sgr.

Der heilige Rock zu Trier

im Jahre 1512 und im Jahre 1844.

Ein brüderlicher Glückwunsch an die deutsch-katholischen Gemeinden.
gr. 8. Preis 1 1/2 Sgr.

Ein Blick in die Entwicklung des Christenthums.

Der rechte Hirt.

Zwei Vorträge von A. Maur. Müller. gr. 8. Preis 2 1/2 Sgr.

Pensionat français de Jeunes Gens.

Das Pensionat des Unterzeichneten, der seit vielen Jahren Pensionnaire aus den vornehmsten Kreisen erogen hat, befindet sich gegenwärtig Tauenzienstr. Nr. 36. Die Anstalt bietet den Eltern, welche ihre Kinder in derselben anzubringen geneigt sind, alle nur möglichen Vortheile in Bezug auf Gesundheitspflege und Unterricht. Die Säle zum Unterricht und Aufenthalt sind geräumig, bequem und gut gelüftet. Ein Candidat der Theologie ist für das Institut gewonnen, um diejenigen Eleven, welche Gymnasien oder Realschulen besuchen, in ihren Studien zu unterstützen. Besondere Curse werden fortwährend ertheilt, um die Pensionnaire für die höheren Klassen der Unterrichts-Anstalten vorzubereiten. Die französische Sprache, dieses höchst bedeutungsvolle Element des Unterrichts und der Erziehung, wird von dem Direktor selbst gelehrt und zur innigen Auffassung dieses Idioms jederzeit in dem Institute als Conversations-sprache von ihm angewandt werden.

Flaget, Licehcie en-Lettres à l'Académie de Paris.

Bei R. Hartmann in Leipzig ist erschienen und in Breslau bei Graß, Barth & Comp., J. Marx & Comp., Aberholz, Hirt, Korn u. s. w., in Oppeln bei Graß, Barth & Comp. und in Brieg bei J. Ziegler zu haben, wie auch durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die gedrückte Kirche in Preußen.

Offener Brief an alle Mitchristen von Karl Rechtlieb.

Preis, gehestet 5 Sgr.

Der Text für die Predigt in der St. Trinitatis Kirche Sonnabend den 19. April, Nachmittag 2 Uhr, ist Psalm 119, 165. M. Caro.

Berliner Land- und Wasser-Transport-Versicherungs-Gesellschaft.

Für obige Gesellschaft werden Versicherungen auf Güter und Waren aller Art während ihres Transportes zu Lande, oder zu Wasser von jetzt ab zu den bekannten niedrigen Sommer-Prämien angenommen. Auch gewährt dieselbe am Schlusse des Jahres auf Prämien-Zahlungen über 50—100 Rtl. einen Rabatt von 5 p.Ct.

100—200 10

200 Rtl. aber 15

Zur Vollziehung von Versicherungen empfiehlt sich:

Siegfried Hahn, Karlsstraße No. 36.

Breslau den 17. April 1845.

Meine Niederlassung hierselbst als Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer, beehe ich mich ganz ergebenst anzusezen.

Dr. Walter,
Schweidnitzer Straße No. 28.

Da meine Abreise von Breslau innerhalb acht Tagen erfolgt, so ersuche ich in dieser Frist, sowohl die, welche an mich Zahlung zu leisten haben, mich zu befriedigen, eben so wie diejenigen, welche an mich Forderung zu haben vermeinen, sich zu melden. — Zur gänzlichen Räumung meines Kagers bis zu meiner Abreise stehen noch mehrere, gut gearbeitete Meubles billig zum Verkauf bei Johann Speyer, Ring No. 15.

Die Besorgung der Einzahlungen auf Friedrich-Wilhelms-Nordbahn-Aktionen, Berlin-Hamburger Eisenbahn-Aktionen übernimmt bis incl. den 25. April d. M. gegen billige Provision:

Adolph Goldschmidt.

Gleiwitzer Kochgeschirr verkaufen zu denselben Preisen, wie solches in Gleiwitz auf der Hütte im Einzelnen verkauft wird, Hübner u. Sohn, Ring No. 35 1 Treppen, der grün. Höhe gradeüber.

Gute starke seiste Hasen verkaufe ich noch das Stück gut gepickt zu 9 und 10 Sgr., desgleichen gute böhmische Lebhühner, das Paar 8, 9 Sgr., die schönen gepickt 10 Sgr., so wie auch gutes frisches Fleisch, die Keule 1 Rthlr. 5 Sgr., gute starke Mehrücken, das Stück 1 Rthlr. 15 Sgr., empfehlt zu gütigen Abnahme: Lorenz Wilhändler, Fischmarkt No. 2, im Keller.

Angekommene Fremde.

In den 3 Bergen: Hr. v. Panutin-General-Lieutenant, von Moskau; Hr. Pollock, Kaufm., Hr. Thomé, Geschäftsführer, beide von Grünberg; Hr. Seiberling, Kaufmann, von Halle; Hr. Unger, Partikulier, von Bregen; Hr. Schifer, Gutsbes., von Siegen; Hr. Rau, Schriftsteller, von Dresden; Hr. Post, Künstler, von Berlin. — In der gold. Gans: Hr. v. Biernacki, aus Polen; Hr. Baron v. Saurma, von Ruppertsdorf; Hr. Ritter, Major, von Pardubitz; Hr. Fritsch, Kaufm., von Stettin; Hr. Michaelis, Kaufm., von Glogau. — Im weißen Adler: Hr. Krichke, Oberamtmann, von Maltz; Hr. Pöhl, Wirtschafts-Direktor, von Steine. — Im Hotel de Silésie: Hr. Graf v. Praschma, Major, von Falkenberg; Hr. Zieg, Gutsbes., von Seitendorf; Hr. v. Krenus, Secretair, von Göschütz; Hr. Scholz, Fabrikant, von Berlin. — Im blauen Hirsch: Hr. Schlesinger, Kaufmann, von Gleiwitz; Hr. Heilborn, Kaufm., von Rybnick; Hr. Reichenbach, Kaufm., von Rothenburg; Hr. Hüttner, Kaufm., von Düren; Hr. Eppstein, Kaufmann, von Karlsruhe; Herr Thamme, Kaufm., von Neisse; Hr. Sedlacek, Handlung-Commiss., von Ratibor; Hr. Lässig, Mühlbaumeister, von Beuthen. — Im deutschen Haus: Hr. Graf von Reichenbach, von Brustava. — In 2 gold. Löwen: Hr. Hierlehorn, Sekretair, von Friedland; Hr. Hoffmann, Gutsbes., von Vilau; Hr. Hirschmann, Kaufm., von Kreuzburg; Hr. Guttmann, Kaufm., von Freiburg. — Im weißen Ross: Hr. Frohn, Kaufm., von Remscheid; Hr. Altmann, Kaufm., von Kupp; Hr. Morgenstern, Kaufm., von Neuarnitz; Hr. Neuhoff, Kaufm., von Parchwitz. — Im gold. Hirsch: Hr. Levysohn, Herr Roa, Kaufleute, von Glogau. — Im weißen Storch: Hr. Löwy, Herr Hoff, Kaufleute, von Ostrowo; Hr. Schweiger, Kaufm., von Ratibor; Hr. Holländer, Kaufmann, von Loslau. — Im Privat-Hof: Hr. Scharff, Land- und Stadtger. Rath, von Jauer, Albrechtsstr. No. 25; Hr. Held, Kaufm., von Friedland; Hr. Scholz, Controleur, von Dels; Hr. Müller, Bürgermeister, von Stroppen, sämmtlich Albrechtsstr. No. 39.

Echtes Klettenwurzel-Oel

a Flacon 4 Sgr. empfiehlt

G. C. Aubert, Bischofstr. Stadt Rom.

Frischen fetten geräucherten Silverlachs und marinirten Lachs eupsingen mit gestr. Post

Lehmann et Lange,
Othlauerstraße No. 80.

Neue Bucklinge empfing so eben und verkauft

A. Neiss, Altbüßerstraße No. 50.

Neuländer Dünger-Gips offeriert zum billigsten Preise

Adolph Neissner, Karlsstraße No. 33.

Auf ein bedeutendes Gut wird diese Sonnai ein Wirtschafts-Geve gefügt, der Pension zahlen kann und von guter Erziehung ist. Nähere Auskunft wird Herr Kaufmann Worthmann, Schmiedebrücke No. 51, zu geben die Güte haben.

Als Handlung-lehrling kann sofort ein Knabe von guten Sitten und mit den nötigen Schulkenntnissen ausgestattet, in mein Tapizerie-Waren-Geschäft eintreten.

Heinrich Löwe,
großer Ring Nr. 57.

Die Tochter verständiger Eltern in der französischen Schweiz, mit den nötigsten Kenntnissen versehen, wünscht hier in Schlesien ein Unterkommen als Bonne, um in diesem Falle ihre Herreise anzutreten. Das Nähere ist bei Herrn Jacobi in Breslau, Ring No. 12 zu erfahren.

Ein junger, unverheiratheter, mit guten Zeugnissen versehener, erfahrener Dekonom wünscht als solcher von Joh. d. J. ab ein anderweitiges Unterkommen. Derselbe qualifiziert sich besonders zur Anlegung und resp. Leitung einer Kartoffelstärke-Syrup-Fabrik.

Nähere Auskunft ertheilt der Commissionair

G. Berger, Bischofsstraße No. 7.

Eine schwarze Windhündin mit weißer Schwanzspitze, auf den Namen „Diebie“ hörend, deren eines Ohr der Länge nach gespalten ist, kam am 13. April abhanden. Vor dem Ankaufe warnend, bitte ich, gebachte Windhündin mir gegen eine angemessene Belohnung zurückzubringen.

Hugo Hager,
Friedrich-Wilhelmsstr. No. 17.

Den 16. April hat sich ein großer heinahe 3 Fuß hoher weißer pudelartiger Wolfshund ohne Nuthe, auf den Namen Gormes, hörend, verloren. Wer denselben in dem Gasthofe zur goldenen Gans wiederbringt, erhält eine angemessene Belohnung.

Ein freundliche Stube für einen einzelnen Herrn als Absteigequartier in der Nähe des Rings wird bald zu vermieten. Französische Adressen werden unter A. B. Breslau post rest. angenommen.

Ein Gärtchen ist noch Gartenstraße No. 18 zu vermieten.

Wechsel-, Geld- u. Effecten-Course.

Breslau, den 17. April 1845.

Wechsel-Course.	Briefe.	Geld.
Amsterdam in Cour.	2 Mon.	139 1/4
Hamburg in Banco.	à Vista	150 1/4
Dito	2 Mon.	149 1/4
London für 1 Pf. St.	3 Mon.	6.25 1/2
Wien	2 Mon.	104 1/2
Berlin	à Vista	100 1/2
Dito	2 Mon.	99 1/2

Geld - Course.	Zins.
Kaiserl. Ducaten	95 1/2
Friedrichsd'or	113 1/2
Louisd'or	111 1/4
Polnisch Courant	—
Polnisch Papier-Geld	95 1/2
Wiener Banco-Noten à 150 Fl.	104 11/2

Effecten - Course.	Zins.
Staats - Schuldcheine .	3 1/2
Seeh.-Pr.-Scheine à 50 R.	94 1/2
Breslauer Stadt-Obligat.	3 1/2
Dito Gerechtigk. dito	4 1/2
Grossherz. Pos. Pfandbr.	4
dito dito dito	3 1/2
Schles. Pfandbr. v. 1000 R.	3 1/2
dito dito 500 R.	3 1/2
dito Litt. B. dito 1000 R.	4
dito dito 500 R.	4
dito dito	3 1/2
Disconto	4 1/2

Universitäts-Sternwarte.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Kurstkreis.							
1845.	3. 2.	inneres.	äußeres.	feuchtes niedriger.	Richtung.	St.					
Morgens 6 Uhr.	27° 9.14	+	7.4	4.6	1.1	NÖ					
9	9.34	+	8.0	6.2	2.8	O					
	9.40	+	8.8	8.3	3.1	37					
Mittags 12	9.48	+	9.0	8.0	2.7	NÖ					
Nachm. 3	9.70	+	8.0	5.4	0.8	33					
Abends 9						49					
Temperatur-Minimum + 4.6		Maximum + 8.3		der Ober + 7.0							
Getreide-Preis in Courant (Preuß. Maß). Breslau, den 17. April 1845.											
Höchster: Mittler: Niedrigster:											
Weizen 1 Rthl. 15 Sgr. = Pf. —	1 Rthl. 11 Sgr. 6 Pf. —	1 Rthl. 8 Sgr. = Pf.									
Roggen 1 Rthl. 10 Sgr. = Pf. —	1 Rthl. 8 Sgr. = Pf. —	1 Rthl. 6 Sgr. = Pf.									
Gerste 1 Rthl. 3 Sgr. = Pf. —	1 Rthl. 6 Sgr. = Pf. —	1 Rthl. 28 Sgr. = Pf.									
Hafer 1 Rthl. 27 Sgr. = Pf. —	1 Rthl. 26 Sgr. = Pf. —	1 Rthl. 25 Sgr. = Pf.									

Höchster: Mittler: Niedrigster:
Weizen 1 Rthl. 15 Sgr. = Pf. — 1 Rthl. 11 Sgr. 6 Pf. — 1 Rthl. 8 Sgr. = Pf.
Roggen 1 Rthl. 10 Sgr. = Pf. — 1 Rthl. 8 Sgr. = Pf. — 1 Rthl. 6 Sgr. = Pf.
Gerste 1 Rthl. 3 Sgr. = Pf. — 1 Rthl. 6 Sgr. = Pf. — 1 Rthl. 28 Sgr. = Pf.
Hafer 1 Rthl. 27 Sgr. = Pf. — 1 Rthl. 26 Sgr. = Pf. — 1 Rthl. 25 Sgr. = Pf.